Sonnabend, 3. November 1923. **Einzelnummer 8000 Mark.** 62. Jahrgang. **Nr. 250.**

Bezugspreis monatlich M.
in der Geschäftsstelle 105 000
in den Ausgabestellen 107 000
durch Zeitungsboten 108 000
am Postamt inkl.
Postgebühren .. 115 800
ins Ausland 150 000 poln. M.
in deutscher Währ. nach Kurs.

Fernsprecher 2273, 3110.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.
Postscheckkonto für Polen: Nr. 200283 in Posen.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Erscheint an allen Werktagen

Anzeigenpreis:
f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens . . . 3000.— M.
Reklameteil 8000.— M.

Für Aufträge aus Deutschland: Millimeterzeile im Anzeigenteil 3000.— p. M., „ Reklameteil 8000.— p. M. in deutscher Währung nach Kurs.

Frankreich und Europa.

Man kennt die Behauptung, daß eines der Ziele Frankreichs im Weltkrieg die Bekämpfung des preußisch-deutschen Militarismus war. Wenn man diese Behauptung hört, und wenn man dann sieht, was Frankreich jetzt selbst treibt, dann fragt man sich unwillkürlich, was denn eigentlich Militarismus ist.

Ein englischer Liberaler Greyscher Richtung, Alfred Spender, dem niemand Voreingenommenheit gegen Frankreich vorwerfen kann, wirft in einem vor kurzem veröffentlichten Artikel ebenfalls diese Frage auf und prüft zugleich die Berechtigung der Behauptung Frankreichs, es selbst sei nicht militärisch gestimmt und man täte ihm bitteres Unrecht, wenn man ihm irgend welche imperialistischen Pläne unterlege.

Er schreibt: „Militaristisch ist, wer militaristisch handelt, und aus guten oder schlechten Gründen hat sich die französische Regierung während der letzten vier Jahre in einer Weise aufgeführt, wie sie anderen Leuten für militaristisch gilt. Sie hat bei weitem die mächtigste Armee in Europa unterhalten, sie hat es abgelehnt, sich an irgend welchen Besprechungen oder Unterhandlungen für eine Verminderung der Landrüstungen zu beteiligen und wenn sie auch nach langem Zögern sich schließlich dazu veranlaßt gesehen hat, das Washingtoner Marineabkommen über Hauptschiffe zu ratifizieren, so hat sie die Washingtoner Konferenz doch verhindert, sich mit Unterseebooten zu befassen. Sie pflegt zu betonen, daß sie nicht nur nicht an Abrüstung, sondern nicht einmal an Verringerung durch Abmachungen glaubt und sie scheint ihre Diplomatie und ihre Politik auf die Tatsache zu gründen, daß sie eine unbestrittene militärische Suprematie besitzt. Sie verläßt sich auf Gewalt, um Reparationen zu erhalten und scheint zu glauben, Sicherheit lasse sich durch die gewaltsame Besetzung oder Annexion des Gebietes ihres Nachbarn erlangen. Diese Anschauung und die darauf gegründete Aktion und Politik sind, was andere Leute Militarismus nennen."

Die militaristische Politik Frankreichs hat dazu geführt, daß es, Frankreich, zusammen mit den Staaten, auf deren militärische Unterstützung es im Kriege zählen kann, jetzt schon militärisch Europa beherrscht. Man kann rechnen, daß mit diesen Staaten zusammen Frankreich über eine Militärmacht von 1 920 000 Mann Friedensstärke und 9 200 000 Mann Kriegsstärke verfügt. Denn Frankreich selbst unterhält eine Armee von 800 000 Mann Friedensstärke und kann im Kriege 3 500 000 Mann aufstellen, und die Gesamtfriedensstärke der Armeen Polens, der Tschechoslowakei, Südslawiens, Rumäniens und Belgiens beträgt 1 120 000 Mann, während im Kriege diese 5 genannten Staaten 5 700 000 Mann aufstellen können. Die Bedeutung dieser Zahlen ergibt sich aus einem Vergleich. Die Friedensstärken der Heere Englands, Italiens, Spaniens, Deutschlands betragen 255 000, 225 000, 155 000, 100 000 Mann, zusammen also 735 000 Mann. Im Kriege kann England aufstellen 410 000 Mann, Italien 3 500 000 Mann, Spanien 700 000 Mann, Deutschland 100 000 Mann, zusammen 4 710 000 Mann.

Die farbigen Truppen Frankreichs stehen heute noch auf Kriegsstärke. Im Jahre 1922 waren noch 127 000 französische Nordafrikaner, 48 000 Kolonialeingeborene, 5000 syrische Hilfsvölker unter den Waffen. Die neue französische Regierungsvorlage sieht sogar eine Weitervermehrung auf 180 000 Mann vor, darunter 98 000 Kolonialeingeborene. Im Rheinland allein stehen 14 farbige Regimenter mit 25 000 Mann, weitere stehen an der Ruhr, an der französischen Ostgrenze und im Inneren Frankreichs.

Außer einer vortrefflichen Ausrüstung mit modernem Kriegsmaterial aller Gattungen hat Frankreich mehr als 2000 Flugzeuge. Nach den Schätzungen der englischen Presse wird es im Jahre 1925 zweitausend Flugzeuge im aktiven Dienst und mehr als 5000 in der Reserve haben. Nach einer Mobilmachung von 36 Stunden wird es fähig sein, 7000 bis 8000 Flugzeuge in den Kampf zu schicken.

Man fragt sich unwillkürlich: gegen wen? — Die Antwort Frankreichs lautet: „In erster Linie erfordert die Sicherheit gegen Deutschland ein solches Aufgebot von Macht." — Es ist schwer, eine Satire hierüber nicht zu schreiben, denn man kann dem Generalissimus Foch, mag man über ihn sonst denken wie man will, wirklich nicht zutrauen, daß er Deutschland in seiner jetzigen Beschaffenheit und mit seiner derzeitigen Wehrmacht als eine Bedrohung Frankreichs ansähe. Auch die angeblich vielen Millionen ausgebildeter, im Kriege bewährter Mannschaften, die Deutschland noch besitzen soll, kommen gegenwärtig tatsächlich insofern nicht in Frage, als die nötigen Waffen für sie fehlen, wie Deutschland ja überhaupt an allen modernen Mitteln der Kriegstechnik ermangelt, die für die erfolgreiche Durchführung eines Zukunftskrieges Vorbedingung sind. Der schlagendste Beweis hierfür ist die enorme Luftflotte, die, wie gezeigt wurde, Frankreich unterhält, während Deutschland eine solche infolge des Friedensvertrages überhaupt nicht mehr besitzt.

Die „Westminster Gazette" schrieb vor einigen Wochen: „Will etwa jemand behaupten, die deutsche Gefahr erfordere eine so ungeheure Stärke von Frankreichs Streitkräften in der Luft? Wir glauben nicht, daß vom französischen Kriegsministerium an eine deutsche Gefahr in der Luft für Frankreich ernsthaft geglaubt wird, und wenn das nicht der Fall ist, — was kann der Zweck dieser Luftflotte sein?" — Wie England in vergangenen Zeiten seine Flotte zur Erreichung politischer Ziele eingesetzt hat, so fühlt sich dieses mächtige Weltreich jetzt in allen politischen Entscheidungen durch die Gefahr beengt, eines Tages über London eine französische Luftdemonstration zu sehen und man hat dort das Gefühl, wie Admiral Kerr kürzlich sagte, einem Nachbarlande auf Gnade und Ungnade ausgeliefert zu sein.

So wie Frankreich England bedroht, bildet es eine Bedrohung des gesamten Europas, denn die Unterhaltung dieser großen Luftmacht steht im engsten Zusammenhange mit der Beibehaltung eines großen Heeres in Kriegszustand. Eins hängt hier unmittelbar von dem anderen ab.

Das Gleichgewicht in Europa, das seit langem überlieferte Ziel englischer Politik, ist aufgehoben. Und die Befriedung Europas wird unmöglich sein so lange nicht Frankreich sich wieder in seine ursprünglichen Grenzen zurückzieht und den Napoleonischen Gedanken, „Herr der Welt zu sein", für immer begräbt.

Die Stimmung in Warschau bessert sich.

(Warschauer Sonderbericht des „Pos. Tagebl.")

Es ist keine Frage. Die Gemüter sind zuversichtlicher gestimmt. Der Dollar, der bereit bedenklich in dem ersten Viertel der dritten Million herumgeklettert war, ist am Dienstag auf 1,7 Millionen gefallen, und zu diesem Preise war er selbst an der schwarzen Börse zu haben. Am Spekulationsmarkt rechnet man sogar mit einer weiteren Entwertung der fremden Devisen. Warum? Weshalb? Niemand weiß es. Aber es scheint, daß die Entspannung, die in der Streiklage eingetreten ist, überall eine Erleichterung zuwege gebracht hat. Ob diese wirklich anhält, kann niemand sagen. Es werden namhafte Zulagen an alle Klassen der Arbeiter- und Beamtenschaft der Republik gegeben werden müssen, und hiermit wird sich das für das letzte Jahresviertel auf etwa 16 000 Milliarden berechnete Defizit noch weiter erhöhen, was eine verstärkte Tätigkeit der Notenpresse, wenigstens für die nächste Zeit, unausbleiblich erscheinen läßt. Also einige Vorsicht ist immerhin geboten. Die Streiks sind dagegen zweifelsohne im Erlöschen begriffen. Die eingeleitete Militarisierung mag hierzu beigetragen haben. Dann aber vor allem das Wilde und Ungeordnete der Streiks, die bekanntlich bei den Maschinisten in Krakau, Lemberg und den angrenzenden Bezirken ausgebrochen sind, ohne daß die Zentrale ihre Zustimmung gegeben hatte. In Krakau wurde sogar versucht, dem Streik eine politische Wendung zu geben, indem man dort den Rücktritt des Finanzministers Kucharski erzwingen wollte. Wenn wir richtig unterrichtet sind, und wir glauben es zu sein, so scheint man noch im letzten Augenblick von Lodz aus den Versuch erwogen zu haben, der gesamten Streikbewegung überhaupt ein politisches Gepräge zu geben. Dieser Versuch, der den Zweck hatte, die neu gebildete Regierungskombination zu stürzen, von der weder Arbeiter noch kleinere Beamte viel Günstiges erwarten, mußte mißglücken, da bereits die an allen Orten des Staates ausgebrochenen, zum Teil gänzlich ohne zusammenhängende Organisation aufflammenden Streiks, in sich zusammenzusinken begannen. Es sind naturgemäß zurzeit immer noch einige Störungen vorhanden, aber auch diese scheinen sich nach und nach zu lösen.

Nun aber erst werden die Unterhandlungen beginnen, und man wird dann sehen, welche Resultate die Arbeiter und Beamten erreichen. In Lodz, wo die Industriellen nur eine 60prozentige Lohnzulage geboten haben, sind sie jetzt bereit, 100 Prozent zu bewilligen. Die Nationale Arbeiterpartei brachte einen Dringlichkeitsantrag ein, in dem sie gegen die von der Regierung beschlossene Militarisierung der Lokomotivführer und der übrigen streikenden Bahnarbeiter protestierte. Der Antrag wendet sich scharf dagegen, daß die Regierung mit dieser Maßnahme die Arbeiter zur Arbeit zwinge, und er verlangt, daß die Regierung sofortige Verhandlungen mit den Streikenden einleite, um den Streik zum Abschluß zu bringen.

Sitzung des Sejm vom 30. Oktober.

(Warschauer Sonderbericht des „Pos. Tagebl.")

Trotz der vorgenommenen Änderungen innerhalb des Kabinetts fehlte die Spannung. Sie wächst erst, als bekannt wird, daß die Sozialisten einen Dringlichkeitsantrag eingebracht hatten, der die Ernennung Korfantys zum Minister ohne Portefeuille als verfassungswidrig erklärt. Sie verlangen daher die sofortige Demission Korfantys. Aber dieser Antrag wird erst später behandelt werden. Heute bildet die zu erwartende Rede des Finanzministers den Clou der Sitzung.

Ferner liegt ein Dringlichkeitsantrag der Deutschen Fraktion vor wegen der Massenhaussuchungen bei deutsch-polnischen Bürgern.

Der Rede des Finanzministers Kucharski liegt das provisorische Budget zugrunde, das zunächst in seiner vorliegenden Zusammenstellung nicht mehr verständlich ist, denn es rechnet — einen Überschuß heraus! Die ordentlichen Ausgaben betragen im Voranschlag für 1924 975 406 416, die außerordentlichen 131 183 200, zusammen 1 088 589 616 (in Zehntausenden von Mark). Die Einnahmen: ordentliche 913 413 001, die außerordentlichen 198 956 301, zusammen 1 112 369 312 (Zehntausende von Mark). Bei den ordentlichen Einnahmen sind enthalten die Einkünfte aus der Verwaltung, den Regierungsunternehmungen und der Monopole; die außerordentlichen rühren aus dem Verkauf und der Liquidation von Staatseigentum sowie aus internationalen Aufträgen her. Aus dem Provisorium ergibt sich, daß die Einkünfte um 23 779 696 die Ausgaben übertreffen (in Zehntausenden). So lag der Voranschlag. Der Minister hatte nun die Aufgabe, zu zeigen, warum trotzdem ein Defizit von großen Ausmaßen zustande kam. Er leitete, wie jeder Finanzminister, seine Rede damit ein, daß er sagte, „die Lage sei schwer, aber nicht hoffnungslos", und er wies, ebenfalls wie jeder Finanzminister Polens, auf die Reichtümer des Landes hin, um zu beweisen, daß auch die Finanzen sich erholen würden. Die ganze Kredit- und Subventionswirtschaft des Landes müsse reorganisiert werden. Die Einkünfte des nächsten Jahres werden durch die Vermögens- und anderen Steuern sich von denen des laufenden Jahres unterscheiden. Falls wirklich eine Goldreserve übrig bleibt, so soll diese zunächst zur Sicherung unvorhergesehener Ausgaben verwahrt werden. Vor allen Dingen soll damit die Lage des Gesamtstaatswesens verbessert und dann die der Beamten verbessert werden. Wir haben nun Aussicht, eine Anleihe zu erhalten, und der Gedanke, diese zu erhalten, ist noch nicht aufgegeben, aber inzwischen müssen wir nicht untätig bleiben, denn wenn wir es zu einer kritischen Situation kommen lassen, so werden wir die Anleihe teuer bezahlen müssen. Wir haben uns daher an die Allgemeinheit gewandt, und wir hoffen die Hilfe des ganzen Volkes zu erhalten. (Hiermit meint der Minister offenbar den Plan, die Emissionsbank mit Hilfe von hundert Millionen im Inland aufgenommenen und durch Staatsschatz zu garantierenden Schweizer Franken durchzuführen.) Vom 1. Januar 1924 soll für die Realisierung der Einkünfte aus den Steuern, den Bahnen, der Post und Telegraphie usw. eine ständige Einheitswährung in Rechnung gestellt werden. Die Verminderung der Beamtenzahl soll weiter durchgeführt werden, ohne dabei der Verwaltung zu schaden. Das Defizit für 1923 war auf 710 252 000 veranschlagt, aber infolge der Vermögenssteuer ist das Defizit auf 431 398 000 reduziert worden (in Goldzłotys). Hierbei hat man das Defizit der Eisenbahnen nicht mit eingerechnet. Die Einnahmen ohne Eisenbahn betragen 696 000 Złotys, das Defizit ohne die Bahnen beträgt demnach 249 476 000. Das Gesamtdefizit der Bahnen betrug 262 270 000, also war das Defizit der verflossenen 9 Monate des laufenden Jahres 511 746 000 Złotys.. Also sind die Ausgaben nicht so hoch gewesen, wie vorgesehen worden war. Die Einnahmen aber haben nur den dritten Teil der vorgesehenen Summe erreicht. Zur Deckung blieb uns nichts anderes übrig, als Polenmark zu drucken. Denn auch die früher entstandenen Defizite lasteten auf uns. Die Regierung hat bereits den Multiplikator für die zweite Rate der Bodensteuer erhöht, und sie wird sich bemühen, diese fünfzehnfache Erhöhung, die die Bodensteuer betraf, auch auf die Industriesteuer zu übertragen. Die Regierung führt Verhandlungen mit der Landwirtschaft, mit dem Handel und der Industrie, um jetzt schon Vorschüsse auf die Vermögenssteuer zu bekommen. Aber schon in den nächsten Tagen gedenkt die Regierung, und zwar nicht durch Anwendung der Notenpresse, sondern aus Steuern, weitere Dutzende Millionen Schweizer Franken zu haben. Und so werden wir in der Lage sein, die polnische Emissionsbank ins Leben zu rufen und die Valutreform durchzuführen. Die Emissionsbank wird einen rein privaten Charakter haben. Die Emission der neuen Noten kann nur von der Wirtschaftsproduktion gedeckt werden. Das minderwertige Notengeld wird aus dem Umlauf zurückgezogen werden, und in gleichem Maßstabe wird durch Umtausch die neue Valuta eingeführt werden, also nicht im Wege einer inneren Anleihe. Und die Personen, die der polnischen Mark in den jetzigen Zeiten der Panik treu geblieben sind, werden bei diesem Umtausch besonders berücksichtigt werden. (Der Minister blieb allerdings das Geheimnis zu lösen schuldig, wie er es machen will, bei dem Umtausch einen Unterschied zwischen braven Bürgern und Valutahamstern durchzuführen.)

Auf Antrag der Rechten wurde die Diskussion nicht eröffnet; sie wird voraussichtlich bei der ersten Lesung am Dienstag stattfinden.

Der Heeresetat.
Nachtrag zur Rede des Finanzministers.

(Warschauer Sonderbericht des „Pos. Tagebl.")

Das Bild des Heeresetats, das Herr Kucharski in seiner Sejmrede gab, sieht so aus: Die Einnahmen aus der Realisierung des Demobilisierungsmaterials betragen 10 000 000 und somit 13 565 000 wie im vorigen Jahre. Für Ausgaben wurden vorgesehen 440 948 119, aber diese Summe wird vermindert um 68 638 000 infolge der Einschränkung der außerordentlichen Ausgaben. Es waren insgesamt für ordentliche und außerordentliche Ausgaben 732 000 000 vorgesehen (alles in Złoty). Angesichts der schwierigen Finanzlage des Staates wird jedoch die Ausgabenrechnung auf 352 000 000 zurückgebracht. Die Regierung ist sich bewußt, daß das Volk anläßlich der unsicheren Lage, trotz der Friedenspolitik der Regierung auf die Unterhaltung und Ausrüstung der Armee Wert legt. Die Regierung wird also neue Einnahmequellen zu schaffen suchen, und zwar des Budgets, um die unerläßlichen Ausgaben zu decken und das Gleichgewicht herzustellen.

Dieser Abschnitt in der Rede des Finanzministers hat in den Wandelgängen des Sejm zahlreiche Kommentare hervorgerufen, namentlich, als es bekannt wurde, daß der Kriegsminister Szeptycki wegen der Verminderung des Heeresbudgets um etwa 30 Prozent, seine Entlassung erbeten habe. Man erzählt hierzu, der Finanzminister habe dem Kriegsminister vertraulich angeboten, nach zwei Monaten ihm die heute verweigerten Kredite zur Verfügung zu stellen, und auf diese Weise die heutigen Kürzungen wieder gut zu machen. Der Kriegsminister habe darauf nicht eingehen wollen. Aber jetzt scheint es doch, daß der Kriegsminister, der seine Pflicht mit dem Hinweis auf die Gefahren vom Osten und Westen her erfüllt und sich somit gedeckt hat, wieder in der Regierung zu verbleiben gedenkt. Es läßt sich allerdings nicht leugnen, daß zwischen zahlreichen Generalen einerseits und dem Kriegsminister anderseits eine ziemlich scharfe Verstimmung besteht, die auch darin ihren Grund hat, daß zahlreiche verdiente Anhänger Piłsudskis, alles höhere Offiziere, aus ihren Posten entfernt wurden, und daß Piłsudski selbst hart mit Szeptycki vor mehreren Wochen aneinandergeraten ist, und daß man selbst von einem Duell gesprochen hat. Jedenfalls aber scheint es, daß schon das französisch-polnische Militärbündnis eine Einschränkung der Militärausgaben nicht zuläßt.

Kritiken zur Rede des Finanzministers.

(Warschauer Sonderbericht des „Pos. Tagebl.")

Die überraschende Tatsache, daß der Minister für das Jahr 1924 das Budget nicht nur nicht mit Defizit, sondern sogar mit einem Überschuß abschließen will, hat zunächst einmal den guten Erfolg gehabt, daß der Dollar um einige hunderttausend Punkte gefallen ist, was übrigens keineswegs hindert, daß trotzdem die Preise in ihrem Laufe nach oben täglich und unablässig weiterschreiten. Es wird nun auch nicht ganz unrichtig sein, wenn behauptet wird, daß die Regierung zu dieser Besserung mit einer kräftigen Stützungsaktion, vor allem

in Zürich, das Ihre beigetragen hat, und es entsteht damit die Frage, ob die Regierung imstande sein wird, diese Stützungsaktion für einige Zeit, wenn auch überhaupt nur, fortzusetzen. Der „Kurjer Poranny" sagt z. B. in bezug auf die Ankündigung außergewöhnlicher Einnahmen, das sei eine naive Kinderei, die dem gutgläubigen Publikum Sand in die Augen streuen wolle. Und wenn man in diesem Jahre noch den Druck der alten Polenmark einstellen und damit zur Ausgabe der neuen Valuta schreiten wolle, so lehne sich diese doch wieder an die alte Mark, so sei alles nur ein Buchhaltungskunststück. Wir wollen dabei bedenken, daß das Blatt ein Schwesterblatt des „Przegląd Wieczorny" ist, der jetzt gerade von der Regierung beschlagnahmt wurde. Deshalb ist von der Partei des Herrn Dąbski eine gepfefferte Interpellation an die Regierung gerichtet worden, zumal der sündige Artikel des Blattes bei der Beschlagnahme gar nicht näher bezeichnet worden ist, was der Regierung wohl wieder, wie beim „Kurjer Polski", eine Niederlage und den Zwang zuziehen wird, die beschlagnahmte Nummer wieder freizugeben. Aber solch kleine Liebenswürdigkeiten pflegen die freundliche Stimmung eines Blattes nicht zu erhöhen, weshalb man bei der Misevetrigkeit über die Rede des Finanzministers auch ein wenig mit der schlechten Stimmung zu rechnen hat. Der „Robotnik" aber, ein Blatt, das gerade in finanziellen Dingen nicht immer unbedingt daneben haut, ist mit der Rede sehr wenig einverstanden. Er sagt: „Im Jahre 1924 will Kucharski keine auswärtigen Schulden mehr zahlen. So endet das schöne Lied von den beiden auswärtigen Anleihen. Kucharski lehnt es ab, Zinsen und Renten für früher kontrahierte Schulden zu zahlen. Sehr vorsichtig und delikat spricht Herr Kucharski davon, er befinde sich hier in Übereinstimmung mit dem Ausland. Aber in der nackten und harten Finanzsprache ist dies nichts anderes, als die Ankündigung des Bankerottes und die Versperrung des Weges der ausländischen Kredite." Im übrigen tadelt das Blatt es scharf, daß die meisten Ersparnisse auf Kosten des sozialen Schutzes, der Unterstützung der Wohltätigkeitsanstalten und ähnlichem gemacht würden, nämlich auf Kosten der Ministerien für Arbeit, Gesundheit, öffentliche Arbeiten und soziale Fürsorge.

Sitzung des Sejm vom 31. Oktober.

(Warschauer Sonderbericht des „Pos. Tagebl.")

Der Christlich-demokratische Abgeordnete Knoth machte bei der zweiten und dritten Lesung des Gesetzes zur Ausdehnung der Bestimmungen über den Erwerb von Immobilien durch Fremde die interessante Mitteilung, daß in den letzten 6 Monaten des verflossenen Jahres 152 Immobilien verkauft wurden, darunter 102 an tschechoslowakische Staatsangehörige.

Der Sozialist Diamand bespricht nun die vorgesehene Erhöhung der Bodensteuer um das fünfzehn- und zwanzigfache, wobei er hervorhebt, daß die kapitalkräftigen Personen in der Lage waren, bei besserem Geldstand bereits die Steuer zu entrichten, so daß die Erhöhung infolge der Devaluation eigentlich nur die kleineren Leute trifft. Er verlangt also, daß die Vermögenderen noch nachzahlen sollen.

Dem widerspricht der Priester Lutosławski. Es wird jedoch ein Antrag Diamand angenommen, wonach eine Nachzahlung im Betrag der Erhöhung für die zweite Hälfte des Jahres 1923 eingezogen wird, selbst von solchen Personen, die die Steuer bereits im voraus entrichtet haben. Ein Antrag Lutosławski, eine allgemeine Erhöhung um das Zwanzigfache eintreten zu lassen, wurde abgelehnt.

Es folgte nun der vom Abgeordneten Graebe im Auftrag der Deutschen Fraktion gestellte Dringlichkeitsantrag über die Versorgung der Vorkriegsinvaliden und Rentner. Bigoński (Christl.-Demokrat) sucht ziffernmäßig zu beweisen, daß die Darlegungen des Antrages nicht stimmten. Übrigens, so meint Herr Bigoński, täten die Deutschen besser daran, statt Dringlichkeitsanträge zu stellen, die sie dann in ihren Zeitungen zum Schaden Polens abdruckten, sich an ihre Verwandten in Deutschland zu wenden und die deutsche Regierung zu veranlassen, endlich das zu zahlen, was sie Polen schulde!

Nowicki von der Wyzwolenie hält eine eingehende Rede, in der er die Einschränkungen in der Verwaltung kritisiert, vor allem im Unterrichtsministerium. Er sagt, daß die Neuorganisation der Lehrer und Professoren die Polizei direkt zu Schiedsrichtern über Lehrer und Schulleiter macht. Er verlangt in seinem Dringlichkeitsantrag Mitteilung der Pläne der Regierung über die Reform der Verwaltung.

Der Minister des Innern sucht beruhigende Mitteilungen zu machen, namentlich was die Befugnisse der Polizei anbetrifft. Die Dringlichkeit des Antrages wird jedoch angenommen.

Popiel (Nationale Arbeiterpartei) erklärt, daß die Schuld an den Streiks in solchen Äußerungen wie die des Ministerpräsidenten Witos zu suchen seien, daß das Morgen noch schlimmer sein werde als das Heute. Bei der allgemeinen Notlage habe die Hoffnungslosigkeit, die durch solche Äußerungen hervorgerufen werde, die Arbeiter zum Streik gebracht. Eine weitere Ursache war es, daß alle Eingaben und Petitionen unbeantwortet blieben.

Auch Żuławski (Sozialist), der den Streik der Lokomotivführer bespricht, sagt, daß nur die Rechte an diesen Vorgängen die Schuld trage, weil sie der Verteuerung des Getreides in die Hand gearbeitet hätte, während sie nichts getan hätte, um die Lage der Arbeiter zu verbessern. Die Militarisierung sei überflüssig gewesen; ein solches Vorgehen sei nur dann berechtigt, wenn eine allgemeine Einberufung zum Militär stattfinde.

Ein zur Besprechung der Streiks gestellter Dringlichkeitsantrag wurde mit 174 gegen 134 Stimmen abgelehnt.

Rudziński (Wyzwolenie) wünscht in einem Dringlichkeitsantrag von der Regierung Aufklärung über die Gerüchte, die anläßlich der Verhandlungen der Regierung mit Wigdor Kopp und der Sowjetrepublik kursieren.

Der Antrag der Sozialisten, der den Rücktritt Korfantys fordert, kam nicht zur Behandlung.

Nächste Sitzung Dienstag.

Der Dringlichkeitsantrag über die Versorgung der Vorkriegsinvaliden und Rentner

wurde von dem Abg. Franz folgendermaßen begründet:

„Hoher Sejm! Zur Begründung der Dringlichkeit dieses Antrages braucht man wirklich nicht viel zu sagen. Die Not der Invaliden, Rentner und Pensionäre spricht für sich selbst. Die Herren Abgeordneten werden in der Begründung zu diesem Antrage die Beispiele, die da angeführt sind, wohl gelesen haben. Die krassesten möchte ich doch noch herausgreifen:

Der Militärrentenempfänger Max Gartzke aus Samotschin erhielt noch im September 1923 — 1000 Papiermark. Die Witwe eines Roßarztes in Bromberg erhält monatlich 100 Papiermark. Der pensionierte Oberhegemeister August Pahlke aus Klein-Bartelsee, der am 1. 11. 1920 pensioniert wurde, hat bis Oktober 1922 nur Vorschüsse erhalten und seit dieser Zeit nichts mehr. Man sagte ihm, er könne vorläufig noch nichts erhalten, da seine Pensionsbezüge noch nicht geregelt seien. Man muß sich wundern, daß diese armen Leute noch die Pension usw. abheben, da die Schuhe, die auf dem Wege zur Zahlstelle zerrissen werden, mehr kosten. Wenn solch eine arme Person ein Gesuch an die zuständige Behörde einreicht, so muß sie an Stempelgebühren 30 000 Mark bezahlen. Diese Not ruft um Hilfe zum Himmel. Der Winter steht vor der Tür. Noch nicht eine Kartoffel, noch nicht einen Kopf Kraut haben diese Armen für den Winter beschaffen können, von Kohle, Kleidung gar nicht zu reden.

Ich glaube, daß auch nicht ein einziger Abgeordneter sich hier im Saale befindet, der diesem Antrage die Dringlichkeit absprechen wollte. Und in diesem Glauben haben wir den Antrag eingebracht. Wir bitten, die Dringlichkeit unseres Antrages annehmen zu wollen.

Der Antrag lautet:

Der Sejm ersucht die Regierung: 1. zur Überweisung größerer Geldmittel zwecks Erhöhung der Bezüge der betreffenden Personen sowie zur Herausgabe einer vorläufigen Verordnung, die die Auszahlung der Teuerungszulagen regelt; 2. den ganzen Komplex dieser Angelegenheit soweit vorzubereiten, daß er in der kürzesten Zeit vom Sejm erledigt werden kann."

Eine Interpellation über die Haussuchungen.

Die Deutsche Sejmfraktion hat sich an den Ministerpräsidenten mit folgender Interpellation über die Massenhaussuchungen bei Staatsbürgern deutscher Abstammung gewandt:

„Artikel 100 der Verfassung der polnischen Republik lautet: „Die Wohnung des Bürgers ist unantastbar." Diese Bestimmung ist in letzter Zeit in allen Teilen Polens mit Füßen getreten worden, wie am besten durch zahlreiche Anträge und Interpellationen von Abgeordneten der verschiedenen Sejmparteien zum Ausdruck kommt. Auch die deutsche Minderheit in Polen hat in diesen Tagen den Wert der in der Verfassung verankerten Rechte kennen gelernt. Am Freitag, dem 19. und Sonnabend, dem 20. Oktober d. Js., fanden bisher noch nie dagewesene Massenhaussuchungen bei friedlichen polnischen Staatsbürgern deutscher Stammeszugehörigkeit statt, und zwar nicht nur in dem bisher besonders bedachten ehemaligen preußischen Teilgebiet und in Oberschlesien, nein, auch in Kongreßpolen, in Galizien und in der Bielitzer Gegend. Diese Haussuchungen, die zum ersten Mal massenhaft und zu gleicher Zeit in ganz Polen veranstaltet wurden, erstreckten sich nicht nur auf die Räume von Angehörigen unserer völkischen, wirtschaftlichen und kulturellen Verbände, auf die Redaktionen mehrerer deutscher Zeitungen, sondern auch auf die Wohnungen und Bureaus politisch vollkommen untätiger Deutschen, des weiteren sogar auf die Wohnungen bzw. Bureaus unserer Senatoren und Sejmabgeordneten.

Die überall in erstaunlich hohem Aufgebot erschienenen Beamten machten die Untersuchungen sämtlicher Zimmer so gründlich, daß sie in keinem Spind, in keiner Kommode, in denen längst vergessene Brautbriefe schlummerten, das unterste nach oben zu kehren verpaßten, ja sogar Holz- und Rumpelkammern von der Untersuchung nicht ausnahmen.

Nur einige der uns zahlreich vorliegenden Fälle seien besonders erwähnt:

In Kattowitz fanden beim Deutschen Volksbunde und bei verschiedenen deutschen Personen Haussuchungen statt. Auch die Wohnung des gegen 70 Jahre alten und in der Stadt hochangesehenen Stadtrats Kalus wurde durchsucht, und Herr Kalus, obgleich die Durchsuchung resultatlos verlief, gezwungen, zur Polizei zu gehen, wo er mehrere Stunden mit der Begründung festgehalten wurde, er müsse von einem Kommissar vernommen werden. Vergeblich hatte der Verhaftete gebeten, ihn zu entlassen, da er zu jeder Stunde zur Vernehmung bereit stehe, selbst eine Mitteilung an seine Familie über seinen Verbleib durfte er nicht machen. Die Wiederholung der Bitte um sofortige Vernehmung oder vorläufige Entlassung durch den Senator Szczeponik, der von den um das Leben des Vaters besorgten Kindern um Information gebeten worden war, wurde abgelehnt. Erst einige Zeit darauf wurde Herr Kalus ohne Vernehmung und ohne Angabe von Gründen für die Verhaftung entlassen. Er ist gegen 3½ Stunden festgehalten worden.

In Lodz wurde außer einer ganzen Reihe von Wohnungen friedlicher Bürger den Räumen des Deutschen Schul- und Bildungsvereins, der ausschließlich ein kultureller Verein ist, u. a. auch die Geschäftsstelle des „Bundes der Deutschen Polens" durchsucht. Obwohl kein Vertreter des Bundes anwesend war, wurde ein Schrank und eine Tischschublade mittels Nachschlüssel geöffnet und sämtliche darin enthaltenen Bücher und Papiere einer gründlichen Prüfung unterzogen und beschlagnahmt. Die inzwischen angekommenen Sejmabgeordneten Utta und Zerbe machten die Beamten auf die ungesetzliche Handlungsweise aufmerksam, da nach den bestehenden Vorschriften eine Revision nur im Beisein des Besitzers, also in diesem Falle eines Vorstandsmitgliedes des „Bundes", vorgenommen werden dürfe. Die Antwort war: „Interpellieren Sie im Sejm." — In den Räumen der Verlagsgesellschaft „Libertas" wurde das Protokollbuch der Gesellschaft mitgenommen, wodurch ihre Tätigkeit eine Störung erfahren hat.

In Rawitsch wurde sogar die Nähstunde deutscher Frauen revidiert.

In Posen gab sich ein in den Räumen des Deutschtumsbundes untersuchender Kriminalbeamter als Lockspitzel her, indem er am Telephon eine Frauenstimme nachzuahmen versuchte, um auf diese Art sich in das Vertrauen der Anläutenden einzuschleichen.

In Kulm wurde ein Deutscher, der an schwerer Herzschwäche leidet und auf ärztliche Anordnung das Bett hüten mußte, gezwungen, aufzustehen und sich anzuziehen. Erst als sich bei dem Kranken ein Aussetzen des Herzschlages bemerkbar machte und der herbeigeeilte Arzt eine bedrohliche Verschlimmerung des Krankheitszustandes feststellte und absolute Ruhe anordnete, wurde der Kranke von den Inquisitoren freigegeben.

Als besonders schwerwiegenden Fall sei ferner auf die Nichtachtung der Abgeordnetenimmunität hingewiesen. So wurden verschiedene Bureaus deutscher Abgeordneter und Senatoren untersucht, u. a. wurde das Bureauschild des Abg. Daczko von den Beamten abgerissen, und während seiner Abwesenheit seine Sekretärin gezwungen, sämtliche Spinde und Schränke zu öffnen.

Alle Beamten gingen mit geringen Ausnahmen noch insofern gesetzwidrig vor, als sie sofort an Ort und Stelle den gesamten Schriftwechsel durchlasen, was nur dem Untersuchungsrichter gestattet ist. Ebenso verweigerten sie in den meisten Fällen die im Gesetz vorgesehene, sofortige Versiegelung der mitgenommenen Schriftstücke, unter denen sich sogar alte Jahrgänge von Predigten evangelischer Pastoren befanden.

Alle diese, die Bevölkerung aufs äußerste empörenden Maßnahmen hatten zum Ziel, belastendes Material gegen den Deutschtumsbund zutage zu fördern, über dessen widerrechtliche Schließung wir bereits interpellierten.

Wir protestieren auf das allerschärfste gegen die Unterstellungen, daß sich der Deutschtumsbund irgendwie gegen die Strafgesetze vergangen hätte. Auch das bekannte Konitzer Urteil bietet für eine solche Unterstellung nicht den mindesten Anhalt.

Einstweilen haben die Verurteilten gegen das Urteil Revision eingelegt. Es ist also nicht zulässig, mit jenem noch nicht rechtskräftigen Urteil gegen uns zu operieren. Tut man es dennoch,

---

Silvester Bruhns Tochter.

Ein hanseatischer Kaufmannsroman von Günter v. Hohenfels.

(34. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Dann ist alles verloren! Don Hieronimo glaubt mir nicht und ist voller Mißtrauen. Er hat mich um sechs Uhr noch einmal in sein Büro bestellt, und ich sollte Sie mitbringen."

„Also an mich erinnert er sich?"

„An den Thalliumstift. Sie sollten verbürgen, daß ich kein Betrüger bin."

„Unsinn, wir gehen heute früh um neun Uhr zu ihm, dann ist noch Zeit."

„Er war im Begriffe abzureisen."

„Wir werden schon sehen. Jetzt hat es keinen Zweck, sich Gedanken zu machen. Heute liegt der Tag vor uns, und ich lasse Sie keinen Schritt mehr von meiner Seite, Sie Unglücksrabe. Nun sagen Sie mir lieber, haben Sie von unserem Freund Gröger etwas gehört?"

„Von dem rechten leider nicht. Don Hieronimo kennt nur einen Methodistenprediger und Schullehrer dieses Namens."

„Methodistenprediger und Schullehrer? Großartig. Weiß er wenigstens, wo er ist?"

„In San Felipe im Staate Mendoza."

„Ist natürlich ein gottvergessener Rancho mit einer Siedlung drum. Das wird unser Mann schon sein. Das paßt zu dem, was ich in dieser Nacht erfahren. Natürlich reisen wir mit dem Mittagszug nach Mendoza. Sie haben fast mehr erreicht als ich. Kommen Sie. Jetzt frühstücken wir gut im Pabellon."

„Wie könnte ich jetzt etwas genießen?"

„Natürlich können Sie. Essen und Trinken muß der Mensch in jeder Lebenslage. Je mehr er Sorgen hat, desto mehr, denn um so nötiger braucht er seine Kräfte, und vor neun Uhr können wir doch nicht zu Don Hieronimo."

„Er führte Silvio in ein außerordentlich elegantes Restaurant mitten im Park, bestellte ein erlesenes Frühstück, sprach ihm selbst eifrig zu und veranlaßte auch Silvio, zu essen. Eigentlich ärgerte dieser sich über die gute Laune des Kommissars. Natürlich, warum sollte dieser sich grämen?

Um neun Uhr waren sie im Büro des Farmers.

„Don Hieronimo zu sprechen?"

„Don Hieronimo ist heute früh mit dem ersten Zug nach Norden gereist."

Silvio schrie auf: „Er ist fort?"

„Aber Ruhe, mein Lieber. Wie lange war wohl Don Hieronimo gestern noch im Büro?"

„Bis sieben Uhr."

„Er hat mich erwartet, und ich kam nicht."

„Dann telephonierte er im Hotel Del Sol an."

„Und erfuhr — —"

„Aber still, warum sollen die Leute wissen? Hat er meinen Brief erhalten? Polizeikriminalkommissar Dr. Schlüter aus Berlin. Ich schickte ihn durch Boten."

Einer der Herren nickte.

„Ich erinnere mich, er hat ihn bekommen."

„Wissen Sie, ob Don Hieronimo gestern eine telegraphische Geldsendung von zwölf Millionen nach Deutschland abgeschickt hat?"

„Er wollte es tun, hat aber dann das Telegramm nicht befördert und mitgenommen."

„Gut, danke. Kommen Sie."

Silvio war niedergebrochen.

„Also alles verloren."

„Ich glaube nicht. Er würde nicht abgereist sein, ohne eine Antwort zu hinterlassen."

„Aber ein Telegramm?"

Schlüter lachte.

„Kann er die Banknoten telegraphieren? Er wird Mittel und Wege haben, eine Bank telegraphisch zu verständigen, daß die Noten unterwegs sind, und diese zu veranlassen, daß sie das Geld vorläufig zahlt."

„Er hat es nicht abgeschickt. Er hat es absenden wollen auf den Brief hin, den Sie ihm, wie ich soeben hörte, sandten, dann wartete er vergebens, klingelte im Hotel an, erfuhr meine Verhaftung, fand seinen Argwohn bestätigt und reiste ab. Nun ist alles verloren."

„Unsinn! Heute fahren wir nach Mendoza."

„Ich nicht, was liegt jetzt daran!"

„Zunächst gehen Sie einmal hinauf in Ihr Zimmer, wir stehen ja gerade vor dem Hotel, und packen Ihre Sachen. Aber rühren Sie sich nicht von der Stelle, sonst geschieht Ihnen wieder ein Unglück."

„Und Sie?"

„Ich habe noch einen kurzen Gang. Ich wette, ich bringe Ihnen gute Nachricht. A mas ver, sagt der Spanier!"

Ehe Silvio antworten konnte, sprang der Doktor in ein vorbeifahrendes Auto.

Silvio ging wie gebrochen in sein Zimmer und achtete nicht auf die fragenden Blicke der Bedienten. Was nun? Vollkommen verzweifelt setzte er sich nieder und brütete stumpf vor sich hin. Jetzt war alles vorbei.

Nach einer Stunde kam Schlüter sehr vergnügt zurück.

„Mann, Sie haben ja nicht einmal den Koffer gepackt?"

Silvio sprang auf.

„Was ist's?"

„Höchste Zeit ist's. In einer halben Stunde geht der Zug, da sind die Billetts."

Silvio war zornig.

„Ich denke, Sie wollten Erkundigungen einziehen?"

„Ach so? Allerdings, ich war auf dem Telegraphenamt. Heute nacht kurz nach 12 Uhr ist ein Telegramm der Banka Nationale Argentina an die Filiale der Deutschen Bank in Bremen abgegangen, das sogar vierzehn Millionen Mark anweist. Don Hieronimo und der Direktor der Bank haben das Chiffretelegramm selbst aufgegeben."

„Das ist wahr?"

„Ich vermute, Don Hieronimo war zuerst wirklich mißtrauisch, bis er den Brief des Konsularsekretärs erhielt."

„Er hat geschrieben, der brave Mann?"

„Übrigens, das war die beste Idee, die Sie haben konnten."

„Also, das Geld ist unterwegs?"

„Aber ja, soll ich es noch öfter sagen?"

„Herrgott im Himmel, wie kann man auf einmal so glücklich sein! Johanna —"

Schlüter lachte.

„Wird auch noch Ihre Frau, doch das kommt später. Jetzt wollen wir erst einmal fromm werden und bei dem Herrn Methodistenprediger in die Kirche gehen; aber da müssen wir schnell machen, sonst gondelt uns der Zug vor der Nase weg!"

Er schloß eilig den Koffer, und fünf Minuten später sausten sie im Auto durch die Straßen von Buenos Aires dem Bahnhofe zu.

(Fortsetzung folgt.)

so haben auch wir das Recht und die Pflicht, zu dem Urteil Stellung zu nehmen. Wenn man, wie das im Konitzer Urteil geschehen, eine Organisation verantwortlich macht für irgend ein Schreiben, das irgend eines ihrer Mitglieder einmal erhalten hat, und wenn man einen harmlosen Privatbrief auswertet, wie dies gegenüber Herrn Scherff mit dem Winklerschen Briefe geschehen ist, dann ist es allerdings leicht, auch den Harmlosesten der Spionage anzuklagen. Das zweite, was man Herrn Scherff als Spionage auslegte, war folgendes: Ein deutscher Fürsorgekommissar hatte angefragt, ob ein abgewanderter Konitzer Gastwirt X, der drüben Verdrängungsschaden beanspruchte, tatsächlich verdrängt worden sei. Herr Scherff antwortete, von Verdrängung könne keine Rede sein, da die früher Xsche Gastwirtschaft noch auf genügenden deutschen Verkehr rechnen könne, zumal insbesondere auch noch die großen örtlichen Truste mit ihrem zahlreichen Personal und ihrer starken Lokalkundschaft noch in deutscher Hand wären. Eine solche, dem Interesse des polnischen Staates dienende Auskunft soll die Merkmale der Spionage enthalten!? Nach dem vom Außenminister Seyda dem „Temps“-Vertreter gewährten Interview scheint ja speziell die von Scherff gegebene Auskunft über die Konitzer Truste als eine besonders verdammenswerte Preisgabe höchst intimen Staatsgeheimnisses angesprochen worden zu sein. Ja, dann freilich —!

Und wenn man uns, wie in dem Konitzer Fall, der Geheimbündelei verdächtigt, weil wir Mitglieder gehabt haben, deren polnische Staatsangehörigkeit angezweifelt wurde, und weil wir der Durchführung von Verordnungen, die wider die internationalen Verträge sind, durch Eingaben an den Völkerbundsrat zu begegnen suchten, so kann man allerdings mit leichter Mühe alle unsere Organisationen in Stücke schlagen.

Wir haben bei der Ungeheuerlichkeit des Vorgehens die Empfindung, als wenn man dabei einzig und allein die Öffentlichkeit von all dem ablenken wollte, was dem Staat in Wahrheit zum Schaden gereicht. Die verhaßten Deutschen sollen eben wieder einmal zum Prügelknaben gemacht werden. Ein neues Glied in der Kette der Methode zur Entdeutschung des Landes, eine selbstverständliche Frucht der Regierungserklärung anläßlich der Explosion in der Warschauer Zitadelle.

Wir sind nicht gewillt, die unserem Volkstum widerfahrene Unbill und die schwere Beeinträchtigung der uns in der Konstitution und in den internationalen Verträgen gewährleisteten bürgerlichen Freiheit stillschweigend hinzunehmen, und richten daher an den Herrn Ministerpräsidenten die dringende Anfrage:

1. **Welche Amtsstelle trägt die Verantwortung** für die Vornahme der bei den Deutschen erfolgten Durchsuchungen und Beschlagnahmungen?
2. Ist der **Ministerpräsident bereit**, die schuldigen Beamten zur disziplinarischen und strafrechtlichen Verantwortung zu ziehen, und
3. **Was ist in dieser Richtung bisher geschehen?**

Warschau, den 30. Oktober 1923. Die Interpellanten.

Korfanty — Leiter des Finanzrates?

Wie der „Przegląd Poranny“ erfährt, wird an der Spitze des Finanzrates, der als Beratungsorgan des Finanzministers fungieren soll, höchstwahrscheinlich der Vizepremier Korfanty stehen, und nicht, wie allgemein angenommen wurde, Minister Kucharski. In der Hand Korfantys würden sich also alle Angelegenheiten konzentrieren, die mit dem Wirtschaftsleben Polens verbunden sind, da Korfanty gleichzeitig Vorsitzender des Wirtschaftskomitees der Minister ist.

Die verlöschenden Ausstände.

Der Eisenbahnerstreik

ist in dem ganzen vom Ausstand erfaßten Gebiet im Erlöschen begriffen. Der Verkehr nimmt von Stunde zu Stunde zu, vor allem der Güterverkehr. Das Eisenbahnministerium ist außerordentlich bestrebt, die Schäden, die der Streik durch die Aufhaltung der Kartoffel-, Zucker- und Kohlenlieferungen verursachte, wieder gut zu machen. In Dirschau fand am Donnerstag nachmittag eine Versammlung der streikenden Eisenbahner statt, in der beschlossen wurde, am 2. November die Arbeit wiederaufzunehmen.

Der Textilarbeiterstreik in Lodz.

In Lodz haben die Arbeiter eine Erhöhung der Löhne um 120 Prozent verlangt. Die Fabrikanten sind auf 110 Prozent eingegangen. Der Streik dauert weiter an. Nach einer Meldung der polnischen Telegraphenagentur sollen die Kommunisten beschlossen haben, alles zu tun, um es zu keiner Einigung zwischen den Arbeitern und den Fabrikanten kommen zu lassen. Der Klassenverband soll im Laufe der Beratungen am Mittwoch versucht haben, an Stelle der bisherigen Forderungen neue Forderungen zu stellen.

Freilassung Krupps?

Aus Berlin meldet am 31. Oktober die Wiener „Neue Freie Presse“: Aus dem Ruhrgebiet kommen Nachrichten, wonach die französischen Behörden geneigt sind, eine Reihe leitender Persönlichkeiten der Ruhrindustrie (Krupp und seine Direktoren?), die zu Gefängnisstrafen verurteilt sind, in Freiheit zu setzen. Ferner sollen zahlreiche Beamten aus der Haft entlassen werden, vor allem die Bürgermeister und Mitglieder der Magistrate. Die Freilassungen sollen nicht auf einmal, sondern nach und nach erfolgen.

Neue Beratungen der Industrieführer mit der Ingenieurkommission.

Die Düsseldorfer Presseagentur der Okkupationsarmee macht nachstehende Mitteilung: Vertreter des Bergbaus, darunter Herr Stinnes, erschienen am 31. Oktober von neuem bei der Ingenieurkommission, um die am 26. Oktober abgebrochenen Verhandlungen über die Aufnahme der Arbeit zu erneuern. Im Verlauf der Sitzung, die von 10 Uhr morgens bis 10 Uhr abends dauerte, wurde die technische Seite der Arbeitsaufnahme geregelt und eine Übereinkunft über die Lieferung von Reparationskohle und die Zahlung der Kohlensteuer seit dem 11. Januar getroffen. Ferner wurden die Vorschriften über die Ausfuhr nach Deutschland festgesetzt. Man nimmt an, daß, wenn in den noch weiter andauernden Beratungen man sich auch über den Rest der mit der Arbeitsaufnahme verbundenen Fragen einigt, demnächst die Arbeit in vollem Umfang wieder aufgenommen wird.

Lebensmittelunruhen und „Rheinische Republik“ in Düsseldorf.

In Düsseldorf kam es am Mittwoch zu Zusammenstößen zwischen der Polizei und Plünderern. Sowohl in den Vororten als in der Stadt selbst raubte die Volksmenge Lebensmittelläden aus. Die Unruhen nahmen einen so bedrohlichen Charakter an, daß die Polizei die Schußwaffe gebrauchen mußte. Infolge der drohenden Haltung der zum Teil auch bewaffneten Menge mußte die seit dem Separatistenputsch vom 30. September sehr reduzierte Polizei um die Hilfe der französischen Truppen bitten. Die meisten Lebensmittelläden werden in diesen Tagen geschlossen gehalten. Französische Kavalleriepatrouillen durchreiten die Straßen. Es zeigte sich, daß die Entwaffnung und Entfernung der deutschen Polizei zu gunsten der Separatisten durch die Franzosen zu sehr unangenehmen Folgen geführt hat.

Am 1. November ist auch in Düsseldorf **wieder einmal** die „Rheinische Republik“ proklamiert worden. Kein Wunder, wenn die Polizei und die Bürgerschaft entwaffnet ist und die Volksmasse wegen der Teuerung für nichts Sinn hat als für die Frage: „Wie beschaffe ich mir und meiner Familie für morgen das Notwendigste zum Leben?“ Dann haben es solche von französischen Stellen unterhaltene Abenteurer, wie die Separatisten, leicht, ihre Republik auszurufen. **Es fragt sich nur, wie lange solch ein Kunstprodukt dauert.**

Zwei englische Noten an Frankreich.

Der englische Botschafter in Paris überreichte am 1. November Poincaré 2 Noten der englischen Regierung.

Die erste der beiden Noten lenkt die Aufmerksamkeit der französischen Regierung auf gewisse rechtliche Folgen der separatistischen Bewegung. Wenn sich einzelne Ortschaften wie z. B. Aachen oder Landesteile wie die Pfalz vom Reiche abtrennen, so werden diese damit aller Verpflichtungen aus dem Versailler Vertrag los und ledig. Der Vertrag legt nur dem Deutschen Reiche Verpflichtungen auf, nicht aber neugebildeten Staaten, die ihn gar nicht unterschrieben haben. Im übrigen unterzieht die Note die separatistische Bewegung keiner Kritik. Man könnte also mutmaßen, daß England gegen eine Loslösung des Rheinlandes nichts einzuwenden hätte, wenn Frankreich gleichzeitig seine Reparationsansprüche an Deutschland herabsetzen würde.

Die zweite Note macht den Vorschlag, eine gemeinsame Einladung der Verbündeten an die Vereinigten Staaten abzusenden, eine amerikanische Delegation für die Sachverständigenkonferenz zu ernennen. Der Wortlaut der Einladung, wie sie England plant, wurde gleichzeitig Poincaré mitgeteilt.

Poincarés umgehende Antwort.

Poincaré antwortete sofort auf die beiden Noten. Was die separatistische Bewegung betreffe, so tragen, wie Poincaré **behauptet, Frankreich und Belgien für diese Bewegung keine Verantwortung und lassen der Bevölkerung jegliche Handlungsfreiheit.**

(Offenbar ist Poincaré über die Tatsachen schlecht unterrichtet. Die Separatisten haben ihre Maschinengewehre, Flammenwerfer usw. nur von den Besatzungstruppen. Die deutsche Polizei, die ihnen entgegentrat, ist an manchen Stellen entwaffnet worden. Die Besatzungsmächte haben nach dem Völkerrecht die Pflicht, derartige Aufstandsbewegungen zu unterdrücken und ein besetztes Gebiet in derselben politischen Verfassung zurückzugeben, in der sie es bekommen haben. Auf die Rechtsfolgen bezüglich der Reparationszahlungen geht Poincaré mit keinem Wort ein. Seine Antwort ist ebenso oberflächlich wie rasch.)

Auf die zweite Note erklärte Poincaré, daß Frankreich in dem von England vorgelegten Texte der Einladung an die Vereinigten Staaten einige Änderungen vornehmen möchte. Es handelt sich darum, daß die Sachverständigenkommission nur die gegenwärtige Zahlungsfähigkeit Deutschlands feststellen solle mit völliger Wahrung der Rechte der Reparationskommission.

England gegen die „Revolverrepublik“.

Die englische Regierung hat, wie der „Dt. Allg. Ztg.“ aus London gemeldet wird, in Paris und Brüssel mitteilen lassen, daß sie die Rechtmäßigkeit der „provisorischen Rheinlandrepublik“ nicht anerkenne und sich einer Ausbreitung der Separatistenbewegung auf die englische Zone widersetzen würde.

Es ergibt sich jedoch aus anderen Berichten, **daß ein bloßer Protest Englands an der Bewegung nichts ändern wird.** So läßt sich die „Daily News“ aus Köln berichten, daß Lord Kilmarnock in der Sitzung der Rheinlandkommission am 31. Oktober den englischen Protest gegen die Bildung einer „provisorischen Regierung“ vorlegen werde. Die **Vertreter Frankreichs und Belgiens** würden den Protest zur Kenntnis nehmen und dann sofort **zur formellen Bildung der „Regierung“** schreiten.

In einem Bericht der „Times“ aus dem Rheinland wird mitgeteilt, **der französische** Oberkommissar **Tirard** habe zu verstehen gegeben, **daß Frankreich sich nur mit einer völligen Abtrennung zufrieden geben werde.** Es sei kein Zweifel, daß der Separatistenterror von den Franzosen im ganzen Rheinland und vielleicht auch im Ruhrgebiet ausgebreitet werde. Wenn die englische Zone auch vorläufig verschont werde, so bleibe doch die Gefahr bestehen, daß, nachdem das übrige Rheinland niedergeworfen sein werde, England durch eine Blockade gezwungen sei, entweder Köln zu verlassen oder die „Revolverrepublik“ (So drückt sich der Berichterstatter der „Times“ aus) anzuerkennen. Diese Gefahr sollte in London sofort erkannt werden. Es sei nicht genug, die englische Zone von der Bewegung freizuhalten, vielmehr müsse eine internationale Konferenz unter Teilnahme der Schweiz, Hollands und Italiens einberufen werden, bevor es zu spät sei.

(Diese von englischen Berichterstattern gemeldeten Bestrebungen Tirards strafen die Erklärung Poincarés Lügen, daß Frankreich keine Verantwortung für die Aktion der Separatisten trage.)

Die belgische Arbeiterpartei protestiert ebenfalls.

In einer Sitzung in Brüssel protestierte die belgische Arbeiterpartei gegen die Unterstützung des Separatismus im Rheinlande durch die Franzosen. Eine Intervention der belgischen Armee in die inneren Angelegenheiten Deutschlands sei nicht zulässig. Die Auflösung Deutschlands werde die Schwierigkeiten der Reparationsfrage nur vergrößern.

(Belgien hat allen Anlaß, in der Separatistenfrage vorsichtig zu sein. Die flämische Bewegung, die, auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker gestützt, Autonomie für den flämischen Bevölkerungsteil Belgiens verlangte, wurde von der belgischen Regierung heftig verfolgt, besonders als die deutschen Okkupationsbehörden sich dieser Bewegung annahmen. Was dem einen recht ist, ist dem andern billig.)

Neuaufnahme der Militärkontrolle über Deutschland

Die Botschafterkonferenz hat beschlossen, der deutschen Regierung eine Note zugehen zu lassen, in der sie auf die Wiederaufnahme der interalliierten Militärkontrolle drängt. Die Konferenz hat ferner beschlossen, die Gehälter der Mitglieder der Kontrollkommissionen in Deutschland einer Revision zu unterziehen und hierbei der Erhöhung der Lebenshaltungskosten in Deutschland Rechnung zu tragen.

Ausscheiden Bayerns aus dem Reichsverband?

Wie heute aus Berlin gemeldet wird, fanden am Mittwoch, dem 31. Oktober, in Berlin Beratungen verschiedener Reichstagsfraktionen statt. Das Zentrum und die Demokratische Partei drückten den Wunsch aus, die gegenwärtige Regierungskoalition aufrecht erhalten zu sehen. Der Vorstand der Demokratischen Fraktion beschloß den Kanzler aufzufordern, in entschiedener Weise Bayern gegenüber die Autorität des Reiches zu betonen. Man spricht davon, daß die Reichsregierung Bayern zu einer Äußerung auffordern wolle, ob Bayern die Reichsverfassung beobachten wolle. Im Falle einer ablehnenden Antwort würde die Reichsregierung gezwungen sein zu erklären, daß sie Bayern als außerhalb des Reichsverbandes stehend betrachte. Mit dem Augenblick würden auch die Soldzahlungen des Reiches an die bayerische Reichswehr wegfallen.

Am 5. November soll die Reichstagskommission für auswärtige Angelegenheiten beraten, am 6. November eine Plenarsitzung des Reichstages stattfinden.

Die vorläufige ablehnende Antwort Bayerns.

Amtlich wird aus München über den Verlauf des bayerischen Ministerrats am Dienstag mitgeteilt: Es wurde festgestellt, daß die Verpflichtung des bayerischen Teiles der Reichswehr, die die bayerische Staatsregierung am 22. Oktober vornahm, sich auf § 48 der Reichsverfassung gründet, daß also der dadurch geschaffene Rechtszustand verfassungsmäßig ist. Die Veranlassung zu dieser bayerischen Maßnahme hat der neuerliche Eingriff in die staatliche Hoheit Bayerns geboten. Er hat **die grundsätzliche Frage des Verhältnisses zwischen dem Reich und den Einzelstaaten aufgerollt.** In erster Linie muß die Frage im Interesse des Reiches und der Länder einer endgültigen Lösung zugeführt werden, um Sicherheit zu schaffen, daß Konflikte in Zukunft unmöglich werden, wie sie bisher Jahr für Jahr das politische Leben des Reiches vergiftet haben. Einigkeit bestand auch darüber, daß eine **Veränderung im Oberbefehl** des bayerischen Teiles der Reichswehr **untragbar** wäre. Die Fassung der der Reichsregierung zu erteilenden Antwort blieb weiteren noch gestern abgehaltenen Beratungen vorbehalten.

Der bayerische Gesandte in Berlin von Preger, der Mittwoch vormittag aus München zurückgekehrt ist, wo er den Beratungen des Ministerrats beiwohnte, hat Mittwoch um 12 Uhr den Reichskanzler aufgesucht und ihm die Auffassung des bayerischen Kabinetts über den Konflikt zwischen Bayern und der Reichsregierung mitgeteilt.

Der Gesandte von Preger überbringt der Reichsregierung nur ein vorläufiges Antwortschreiben der bayerischen Regierung. Die **definitive Antwort** wird im Benehmen mit den Koalitionsparteien festgestellt und **vermutlich Ende der Woche in Berlin überreicht** werden. Die interfraktionelle Besprechung im bayerischen Landtage dauert zur Stunde noch an.

Neues sächsisches Kabinett Fellisch.

Um Sachsen die Bildung einer neuen Regierung zu ermöglichen, wurde vom Reichskommissar Dr. Heinze, die Abhaltung einer Landtagssitzung gestattet. **In den frühen Morgenstunden des 31. Oktober wurde bei Anwesenheit von 64 Abgeordneten zum Ministerpräsidenten** der sozialdemokratische Abgeordnete Fellisch mit 46 Stimmen der Sozialdemokraten und Demokraten gewählt. Fellisch war einer der radikalen Wortführer der Sozialisten, dem die Schuld an der extremen Linksentwicklung Sachsens in vielem gegeben wird. Fellisch nahm die Wahl an. Die Deutschnationalen und andererseits auch die Kommunisten legten den heftigsten Protest gegen die Wahl ein. Der abgesetzte kommunistische Finanzminister Boettcher hielt eine heftige Anklagerede gegen die Sozialdemokraten. Fellisch ist gegenwärtig beschäftigt, sein Kabinett zusammenzustellen, um es am Dienstag, dem 6. November dem Landtag vorzustellen. Die Unterstützung der Deutschen Volkspartei wird dem Kabinett Fellisch, das als rein sozialistisches Minderheitskabinett **beabsichtigt ist, höchstwahrscheinich nicht gewährt werden.**

Dr. Heinze beim Reichskanzler.

Reichskommissar Dr. Heinze ist nach Berlin gereist, um mit dem Reichskanzler wegen der formalen Lösung der sächsischen Krise zu verhandeln.

Wegen außerordentlich heftiger Angriffe gegen Dr. Heinze und General Müller wurde die gesamte sozialistische Presse Sachsens verboten. Die kommunistische ist bereits seit einiger Zeit verboten.

Schärfste Opposition der Deutschen Volkspartei.

Nach den letzten Meldungen wollte der neue sächsische Ministerpräsident Fellisch bereits am Donnerstag abend das von ihm gebildete linkssozialistische Kabinett vereidigen lassen. Die Deutsche Volkspartei erhob jedoch vor Beginn der betreffenden Landtagsversammlung schärfsten Protest gegen die Vereidigung und forderte entweder Teilnahme der Deutschen Volkspartei an der Regierung oder Auflösung des sächsischen Landtages. Zurzeit finden Fraktionssitzungen statt.

Entlassung von 25 Prozent aller deutschen Beamten.

Die Reichsregierung hat eine Erklärung veröffentlicht, wonach 25 Proz. aller Reichsbeamten entlassen werden sollen. Die Länder und Gemeinden sollen dieselbe Maßnahme treffen. Diese Maßnahme ist unumgänglich bei der verzweifelten Finanzlage des Reiches. Vor allem sollen die über 60 Jahre alten Beamten ausscheiden. Weiterhin erfolgt die Auswahl in der Reihenfolge, daß ledige Beamte vor verheirateten Beamten, kinderlos verheiratete vor verheirateten mit unterhaltberechtigten Kindern, verheiratete mit unterhaltsberechtigten Kindern nach Maßgabe der Zahl und Hilfsbedürftigkeit dieser Kinder bestimmt werden. Schwerbeschädigte Beamte kommen für den Abbau in letzter Linie in Frage. Außerdem ist ausdrücklich festgelegt, daß die Auswahl nicht durch die politische, konfessionelle oder gewerkschaftliche Betätigung der betreffenden Personen beeinflußt werden darf. Die Entlassenen erhalten ein Wartegeld, das sie vor Not schützt.

Ministermord in Sofia.

Der frühere Minister Genadieff ist Dienstag abend beim Betreten seines Hauses ermordet worden. Der in seiner Begleitung befindliche frühere Gesandte in Berlin, Geschoff, wurde schwer verletzt.

Das neue türkische Kabinett.

Nach einer Havasmeldung aus Konstantinopel hat Ismet Pascha das Angebot Mustafa Kemal Paschas, das Kabinett zu bilden angenommen.

Ismet Pascha hat das Kabinett nach den letzten Meldungen bereits gebildet. Ismet selbst übernimmt das Portefeuille für Auswärtiges, Finanzminister wird Hassan Fehmi Bey, Wirtschaftsminister Hassan Bey, Kriegsminister Kiassim Bey und Justizminister Beid Bey.

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich: für Polen und Osteuropa Dr. Wilhelm Loewenthal; für den übrigen politischen Teil Dr. Martin Meister; für Stadt und Land Rudolf Herbrechtsmeyer; für Handel und Wirtschaft und den übrigen unpolitischen Teil Robert Styra; für den Anzeigenteil M. Grundmann. — Druck u. Verlag der Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, T. A., sämtlich in Poznań.

Heute vormittag 10 Uhr, verschied nach längerem Leiden meine innigstgeliebte Frau, unsere liebevolle Mutter, unsere gute Tochter und Schwiegertochter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Martha Nathusius
geb. **Kiwi**,
im 37. Lebensjahre.

Dies zeigt schmerzerfüllt an
im Namen aller Angehörigen

Max Nathusius.

Czarnikau, den 2. November 1923.

Die Beerdigung findet am Montag, dem 5. November d. Js., nachmittags 2 Uhr statt.

S. ANKER, DANZIG
kauft laufend
Roggen, Weizen, Hafer, Gerste, Erbsen, Peluschken und alle anderen **Saaten, Kartoffelmehl, Kartoffelflocken,** sowie **sämtliche Kartoffelfabrikate.**
Offerten erbeten.
Tel.-Adr.: **Kleieanker, Danzig.** Tel. 33, 385, 393.

Erstklassiges Wein- u. Spirituosen-Versandhaus
NYKA & POSŁUSZNY
Telephon 1194 **Poznań** Wrocławska 33/34
Vereidigte Meßweinlieferanten
(vinum consecrabile)
fachmännische, gewissenhafte und zufriedenstellende Bedienung.

Dieselmotor
35/40 PS.,
System Lietzenmeier, München, Preßluftzündung, komplett, sehr gut erhalten, riß- u. bruchfrei, volle Garantie für tadellose Betriebsfähigkeit, **sofort ab Lager günstig zu verkaufen.** (9824
Kurt Knabe, Bydgoszcz, ul. Św. Trojcy 6b.

Eingetr. Hochzucht
des
deutschen veredelten Landschweines
Stamm-Eber und **Sauen** auf **Ausstellungen** der D. L. G. vielfach **prämiiert** gibt **laufend**
Sauen u. Eber
ab 3 Monate alt aufwärts. Nachzucht des **importierten Ebers Gole** (eingetragen in das **Elite-herdbuch Hannover** und des **Ebers Ritter 111.**
Günther Modrow Bączek, p. Skarszewy, Pomorze.

Habe 1 erstklass. Zuchteber
aus der **Friedrichswerter Zucht.** Derselbe deckt sehr gut und vererbt sich gut. Nachkommen von ihm wiegen 7 Zentner. Möchte denselben gegen einen gleichwertigen älteren Eber vertauschen. Yorkshire kommen in Frage. Er ist eine Abstammung von dem berühmten Landsknecht. Ebenso sind abzugeben **deckfähige Eber u. Sauen zur Zucht.**
Dingerdissen, Konary b. Pieranie, Inowrocław.

Ausschneiden! Ausschneiden!

Postbestellung.

An das **Postamt**

in

Unterzeichneter bestellt hiermit
1 Posener Tageblatt (Posener Warte)
für den **Monat November 1923**

Name ....
Wohnort ....
Postanstalt ....
Straße ....



Import aus dem Orient.
Perser Teppich-Ausstellung
im
Kino Apollo, Piekary 17.
Besichtigung ohne Kaufzwang. **Geöffnet von 9—6 Uhr.**
Museumsteppiche.

Johannes P. Uhlitzsch Danzig und Königsberg
Wäsche-Fabrik.
Telegr.-Adr.: **Jopuhl, Danzig,** Tel. 5748. **Jopuhl, Königsberg,** Tel. 8135.
Kontor und Lager { in **Danzig:** Altstädtischer Graben 19/20, in **Königsberg:** Weidendamm 4
unterhält für seine Firmen:
Wäschefabriken Gebr. Simon, G. m. b. H., Aue u. Berlin,
J. S. Glaeser jun., Strumpfwarenfabr., Chemnitz-Schönau,
in **Danzig und Königsberg bedeutendes Lager** in den gangbarsten Qualitäten und bittet um **Lagerbesuch** oder **Anfrage.**

Wir sind Käufer für
Speise-Zwiebeln
(gelbe Zittauer u. braune)
und bitten um bemusterte Offerte. Abnahme auf der Verladestation bei Waggonbestellung. Wertbeständige Preisvereinbarung
Polaczek i Lisiewski
Poznań, Aleje Marcinkowskiego 6
Telephon 1650 und 5320.

Suche ab 1. Januar 1924 oder eher Stellung als
Wirtschafts-Inspektor
ledig, 28 Jahre alt, kath., polnisch und deutsch in Wort u. Schrift, 7 Jahre Praxis, in nur guten Rübenwirtschaften tätig gewesen, energisch und umsichtig. Gefällige Zuschriften unter **K. 9822** an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Suche zu **sofort** evtl. 15. 11. d. Js. einfachen, älteren unverheirateten polnischen **Vorwerksbeamten.**
Bewerbungen in deutscher und polnischer Schrift unter **A. K. 9812** an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Wir suchen einen tüchtigen, ordentlichen
Installations-Gehilfen,
der imstande ist die **Wasser-, Klosett- u. Gasanlage** unseres **Betriebes** nebst **drei Wohnhäusern** in Ordnung zu halten und vorkommende Reparaturen sofort selbständig zu erledigen, am liebsten gelernter Schlosser. Da nicht **fortlaufend** Reparaturen sind, so muß er **alle vorkommenden Arbeiten** mit erledigen. Der Posten ist bei zufriedenstellender Leistung dauernd.
Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.
ul. Zwierzyniecka 6.

Verheirateter Diener,
zum 1. Dezember d. Js., evtl. 1 Januar 1924 gesucht.
v. Frank, Marszew, pow. Pleszewski.

Molkerei-Lehrling
kann baldigst unter günstigen Bedingungen eintreten.
Offerten erbeten an
Molkereigenossenschaft Łekno,
pow. **Wągrówiec.**

Zeitungsausträger(innen)
können sich melden in der
Geschäftsstelle des „Posener Tageblattes".

Zwei perfekte Hausmädchen
sofort oder später gesucht. Nähen, Plätten, gute Zeugnisse erforderlich. — Antwort. (9821
Schloß Witaszyce, pow. Jarocin.

Aug. Hoffmann,
Baumschulen, Gniezno
empfiehlt zur **Herbstpflanzung** sämtliche **Obst- u. Alleebäume,** auch **Pfirsich** und **Aprikosen, Heckenpflanzen Ziersträucher, Rosen** usw.

Stellengesuche

Betriebsleiter
für Möbel- und Stuhlfabrik, tüchtiger Kalkulator u. Zeichner
sucht Stellung.
Gefl. Off. u. **3330** a. Gschst. d. Bl.

Bautechniker
firm in Hochbau u. Eisenbeton
sucht Stellung.
Gefl. Off. u. **3333** a. Gschst. d. Bl.

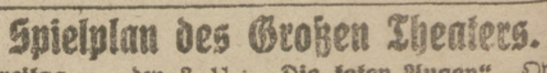
Förster,
verheiratet, 35 Jahre alt, mit 12jähr. **Praxis, mit allen ins Fach gehör. Arbeiten durchaus** vertraut, **mehr. Jahre in Oberförstereien tätig gewesen, poln. Staatsbürger, sucht,** gestützt auf gute Zeugnisse, **Dauerstellung** von sofort oder **1. Januar 1924. Uebernehme** auch Feldschutz.
Jakob Wilhelm,
Runowo, Kreis Wirsitz.

Fräulein aus guter Familie, 28 Jahre alt, im Haush. erfahr., sucht Stellung als
Hausdame,
evtl. bald. Gefl. Angebote unt. **T. 9775** a. d. Geschst. d. Bl. erb.

Hausdame,
in allen Zweigen des Haushalts gewandt, sucht Stellung in frauenl. Haushalt. Gefl. Off. u. **9592** a. d. Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Int., evgl. jg. Frau sucht Stellung als
Stütze der Hausfrau
Solche a. d. Gute bevorzugt. Gefl. Off. u. **9593** a. d. Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Junges Mädchen,
21 Jahre, **sucht Stellung** m. Familienanschluß, um sich im großen Guts- oder Stadthaushalt zu **vervollkommnen.**
Angebote unt. **9798** a. die Geschäftsst. d. Bl. erb.



Milchkannen
Inh. H. Jan Markowski
Poznań
Mielżyńskiego 23
Tel. 52-43.

Torfstechmaschine,
gebraucht, zu kaufen gesucht.
Z. Walkowski,
Chludowo p. Wargowo.

Spielplan des Großen Theaters.

Freitag, den 2. 11.: **„Die toten Augen"**, Oper von d'Albert.
Sonnabend, den 3. 11.: **„Madame Butterfly"**, Oper von Puccini.
Sonntag, den 4. 11., nachm.: **„Die schöne Helena"**, Komische Oper von Offenbach.
Sonntag, den 4. 11., abends: **„Traviata"**, Oper von Verdi.

Vom 29. 10. bis zum 4. 11.
Kino Colosseum
św. Marcin 65.
Vom 29. 10. bis zum 4. 11.

Marceo

Der Clou der Saison!
Der Hofathlet des Mikado.
Ein noch nie dagewesenes und geradezu hinreißendes Sensations- u. Abenteuerdrama in sechs Akten.

Marceo

Beginn der Vorstellung um 4, 6 und 8 Uhr.

Die **Hauptrolle** spielt der **stärkste Mensch der Welt:**
der Athlet Marceo!

An Sonn- und Festtagen beginnt die erste Vorstellung um 3½ Uhr, die letzte um 8½.

Weihnachtswunsch.
Da es mir an geeigneter Damenbekanntschaft mangelt, suche ich auf diesem nicht mehr ungewöhnlichem Wege eine **Frau.**
Es kommen nur Damen vom Lande aus bester Familie im Alter von 25—30 Jahren in Frage, m. sympathischem Wesen, die Herz u. Gemüt u. Familiensinn haben. Bin Mitte 40er, stattliche Figur, früher Reserveoffizier, in besten Verhältnissen, Besitzer eines größeren Gutes, deutsch, evgl. u. poln. Staatsbürger. Diskretion Ehrensache. Ernstgemeinte Offert. mit Bild unt. **9809** a. d. Geschst. d. Bl. erb.

Lyceal-Schülerin findet zum 1. 12. 23 od. 1. 1. 24
Pension
in gut. Hausst. Solche vom Land sind bevorzugt. Ang. u. **T. 9802** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Ein Herzenswunsch!
Junger Forstmann und Gutsinspektor suchen die Bekanntschaft zweier jungen, hübschen und vermögenden Damen zwecks späterer
Heirat.
Offerten nebst Bild unter **A. B. C. 9813** a. d. Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Suche zu sofort ledigen, älteren, gebild.
Hofbeamten evtl. Eleven
Clase, Oberinspektor, Malinie, Pleszew.

Durch Liquidation meines Besitzes Piotrowo
ist mein langj. **bewährter Administrator** um seine Stell. gekommen. Ich empfehle denselben als tüchtigen, energisch., unbedingt zuverlässigen Beamten und in jeder Beziehung erfahrenen Landwirt für selbst. Verwaltungen aufs Beste. Herr **von Delhaes-Stare Borówko** bei **Czempin** erteilt gern jede gewünschte Auskunft.
G. von Guenther,
Regierungs-Präsident a. D., Berlin.

Wegen Wirtschaftsveränderung sucht Landwirt,
19½ Jahre alt, evgl., 3½ Jahre praktisch tätig, anderweitige
Assistentenstellung
zum 1. Januar 1924, möglichst unter Prinzipal bei Familienanschluß. Bin der polnischen Sprache mächtig. [9818
Kurt Ossolinski,
b. Rttgtsbes. **v. Tempelhoff, Dąmbrówka** Poznań wschód.

Suche für meine Tochter,
17 Jahre alt, Aufnahme auf einem Gut zwecks (9820
Erlernung der Wirtschaft.
Familienanschluß erwünscht.
Frau Molkereibesitzer Stutz, Międzyłęż.
p. **Wielki Walichnowy**, pow. **Gniew.**

Tüchtiges, erfahr. Wirtschaftsfräulein,
Polin, 33 Jahre alt, in allen Zweigen eines großen Gutshaushaltes vertraut, mit prima Zeugnissen u. Empfehlung, sucht eventl. sofort oder später **Stellung.** Off. unter **9526** an die Geschäftsstelle d. Blattes.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 2. November.

Stadtverordnetensitzung.

Die einstündige Stadtverordnetensitzung am vergangenen Mittwoch begann mit zwei Mitteilungen, von denen die eine die Stadttheaterkontrakte betraf, die andere ein Dankschreiben des Senats der Posener Universität für die Beileidskundgebung der Stadt anläßlich des Todes des Universitätsrektors Prof. Dr. Święcicki.

Nach den Mitteilungen kam es zu einer harmlosen Abwehrattacke auf die Presse. Die Richtungspunkte waren der „Kurjer Pozn.“ und der „Przegl. Poranny“, die Angreifer die Stadtvv. Śniady und Pluciński. Beide hatten angebliche Berichtsverfehlungen richtigzustellen. Einer Polemik stand der Versammlungsleiter entgegen.

Vor Eintritt in die eigentliche Beratung der Tagesordnung fand dann noch ein

Wortgefecht

zwischen dem Stadtrat Kultys und dem Stadtv. Habel statt, der sich über eine Wohnungskündigung des Magistrats beklagte. Er verlangte vom Magistrat, seine Stellungnahme in dieser Angelegenheit angesichts der Wohnungsnot zu revidieren, zumal der Betroffene, ein Straßenbahnschaffner, mit jeder Mietserhöhung einverstanden sei.

Stadtrat Kultys erwiderte darauf, daß der Betroffene Zeit genug zur Wohnungssuche gehabt habe. Außerdem habe er gegen die Kontraktbestimmungen verstoßen. Den Hinweis des Stadtrats auf die Lage der auswärtigen Magistratsangestellten beantwortete der Stadtv. Habel damit, daß auch andere Ämter solche hätten, nicht nur der Magistrat, der überdies die Pflicht habe, bei einer Exmission für eine andere Wohnung Sorge zu tragen.

Stadtv. Kowalewski erklärte noch, daß nicht nur die Magistratsangestellten Wohnungsnot litten.

Die Beratungen der Tagesordnung wurden dann mit einem Bericht des Stadtv. Wybieralski über die

Gewährung von Teuerungszulagen

an die städtischen Beamten, an die Pensionäre und deren Hinterbliebene eröffnet. Die Höhe der Zulagen beträgt wie bei den Staatsbeamten 120 Prozent. Diese machen eine Ausgabe von mehr als 8 Milliarden nötig.

In der Aussprache über die

Erhöhung des Wassergeldes und des Gaspreises

zeigte der Stadtv. Suchowiak an einem interessanten Beispiel, daß der Magistrat, wenn die Erhöhung erst vom Tage des Beschlusses rechtskräftig sei, Verluste habe.

Stadtv. Kowalewski sprach gegen eine rückwirkende Gültigkeit der Erhöhungen.

Stadtv. Pluciński regte Ablesung der verbrauchten Wassermenge durch die Gasgeldeinzieher an.

Die Erhöhung des Wassergeldes von 22 000 auf 50 000 Mark mit Gültigkeit vom 1. November wurde mit vielen Stimmenthaltungen beschlossen. Auch das Gas erfuhr, wegen der Kohlenpreise, eine Erhöhung, und zwar auf 33 000 Mk. das Kubikmeter. Eine schöne Novemberüberraschung für die Wasser- und Gasverbraucher! Das Wassergeld sollte ursprünglich vom 26. Oktober 33 000 Mk. und vom 1. November 50 000 Mk. betragen. Erstere Erhöhung wurde jedoch zurückgezogen.

Der Antrag des Stadtv. Buggel bezüglich der Herausgabe von Gasassignaten fand Zustimmung.

Stadtv. Maliński wünschte, daß die Bekanntmachungen des Magistrats über die Erhöhungen nicht so ledern wären.

Bank der Stadt Posen.

Nach Bewilligung einer Witwenrente sprach Stadtv. Kucharski zur Namensänderung der „Miejska Kasa Oszczędności“ (Stadtsparkasse) in „Bank Miasta Poznania“. Er begründete sie in der Hauptsache damit, daß die Stadtsparkasse bereits alle Funktionen einer Bank ausübe.

Stadtv. Buggel fragte an, ob nicht durch die Umänderung die Vorteile der früheren Stadtsparkasse verloren gingen. Diese Zweifel teilte der zuständige Stadtrat nicht.

Stadtv. Maciejewski sprach über den Voranschlag für

die vierte Posener Messe.

Man rechnet hier mit einer Einnahme von mehr als 100 000 Złoty bzw. Schweizer Franken.

Nach der Verstärkung einiger Titel der Armenverwaltung ergriff die Stadtverordnete Kostocka das Wort, um den Magistrat wegen des Bettlertums und der Schutzbeiträge gegen Belästigung durch Bettelei zu interpellieren.

Stadtrat Podolka gab der Interpellantin insofern Recht, als die Beiträge, die jetzt 50 000 Mk. hoch sind, nicht nach Maßgabe der Teuerung erhöht würden. Der Magistrat halte sich an den Grundsatz der Notwendigkeit.

Den Schluß der Sitzung bildete die Erörterung eines Fluchtlinienplanes für die Straßen: ul. Pamiątkowa (fr. Wrangelstr.), ul. Traugutta (fr. Flottwellstr.), ul. Rolna (fr. Ackerstr.) und Dolna Wilda (fr. Unterwilda). Über diese Vorlage berichtete Stadtv. Ballenstedt.

Reformationsfestfeier.

Die Reformationsfestfeier am Mittwoch brachte verhältnismäßig gut besuchte Vormittagsgottesdienste in allen evangelischen Kirchen. Abends vereinigten sich im gut besetzten großen Saale des Evangelischen Vereinshauses mehrere hundert Evangelische in unserer Stadt zu einem Familienabend, der dem 400jährigen Gedächtnis der ersten evangelischen Blutzeugen der Reformationszeit, der beiden jugendlichen Augustinermönche Heinrich Voes und Johann Esch galt, die um ihres Glaubens willen im Jahre 1523 in Antwerpen den Scheiterhaufen besteigen mußten, deren heldenmütiger Tod dann Luther den Anlaß zur Dichtung des lieblichen Liedes „Ein neues Lied wir heben an“ gab. In seiner Eröffnungsansprache führte Geh. Konsistorialrat D. Staemmler das Wesen des evangelischen Märtyreriums vor Augen, worauf Superintendent Rhode einen Vortrag über die genannten beiden evangelischen Märtyrer und die damit eng zusammenhängende Entstehung des evangelischen Kirchenliedes hielt. Beide Vorträge waren umrahmt von Vorträgen des Posaunenchors des Evangelischen Vereins junger Männer, Liedervorträgen des Kirchenchors der Christusgemeinde, einem Gedichtvortrage und gemeinsamen Gesängen Lutherscher Kirchenlieder, die naturgemäß in dem evangelischen Schutz- und Trutzliede „Ein feste Burg ist unser Gott“ ihren Höhepunkt und Ausklang fanden. Es war eine tiefergreifende erhebende Feier, würdig der Bedeutung des Reformationsfestes.

Silberne Jubelfeier der Posener Straßenbahn.

Die Posener Elektrische konnte, wie erinnerlich, am 6. März auf ihr 25jähriges Bestehen zurückblicken. Der Gedenktag nach außen wurde dadurch zum Ausdruck gebracht, daß die Wagen an jenem Tage mit Girlanden geschmückt waren; die geplant gewesene Feier mußte vertagt werden und fand am Mittwoch, dem 31. Oktober, im Saale des Zoologischen Gartens statt.

Eingeleitet wurde die Feier durch einen Gottesdienst, der früh in der St. Floriankirche in Jersitz stattfand. Nachmittags 4 Uhr ging die eigentliche Feier vor sich, wozu zahlreiche Einladungen erlassen waren. Erschienen waren u. a. Bischof Łukomski, Vize-Stadtpräsident Dr. Kiedasz, Vertreter des Wojewoden und des Starosten Grodzki, Justizrat Cichowicz als Vorsitzender des Aufsichtsrats, zahlreiche Offiziere, Rektoren, Lehrer und Lehrerinnen, kurz so viele, daß sie der große Saal mitsamt den Angestellten kaum zu fassen vermochte. Es wurden auch zahlreiche Ansprachen gehalten; so sprachen u. a. Dr. Kiedasz, Bischof Łukomski und viele andere. Ganz besonders wurden die Jubilare geehrt, deren Zahl 26 beträgt. Der erste und älteste ist der Kontrolleur Kolan, der eine 42jährige Dienstzeit hinter sich hat. Zweiter war Schaffner Kuhn, dritter Wagenführer Kolasiński, vierter Oberkontrolleur Broda — jeder hat einige dreißig Jahre Dienst hinter sich; dann folgten die anderen 22. Alle Jubilare erhielten silberne Denkmünzen, eine Art Orden, verschiedene andere außerdem noch Diplome. Stadtpräsident Ratajski, der verhindert war, zur Feier zu erscheinen, sandte seine Glückwünsche und 5 Millionen Mark für die Jubilare. Gegen 5 Uhr war die offizielle Feier beendet, und es begann eine Festvorstellung, die sich bis gegen 8 Uhr hinzog; dann trat der Tanz in seine Rechte und dauerte bis gegen Morgen. Die Feier war gut vorbereitet, verlief harmonisch und war ein Beweis dafür, daß zwischen der Direktion und den Angestellten der Posener Straßenbahn das beste Einvernehmen herrscht.

Zur gefälligen Beachtung!

Infolge der abermaligen bedeutenden Verteuerung des Briefportos sind wir nicht mehr in der Lage, Anfragen, denen das entsprechende Rückporto nicht beigefügt ist, zu beantworten. Wir bitten, das für die Zukunft zu beachten. Es ist verständlich, daß wir zu der Mühewaltung der Beantwortung solcher Anfragen nicht auch noch die hohen Kosten für Porto, Briefumschläge usw. tragen können.

Schriftleitung und Geschäftsstelle des „Posener Tageblatts“.

X **Kardinal-Erzbischof Dr. Dalbor** ist von seiner Romreise in der Nacht zum Sonntag zurückgekehrt. Am Montag nahm der Kardinal die Glückwünsche des Domkapitels zu seinem Namenstage entgegen. Am Dienstag beglückwünschten ihn die Vertreter der Geistlichkeit und der weltlichen Behörden usw.

X **Die Teuerungssteigerung in der zweiten Oktoberhälfte.** Die Kommission der Wojewodschaft, die sich mit der Feststellung der Teuerung befaßt, hat festgestellt, daß die Teuerung in der zweiten Hälfte des Oktober im Vergleich mit der ersten Hälfte um 101,20 Prozent gestiegen ist.

X **Allerseelenfeier.** An der üblichen Prozession nach dem St. Johanneskirchhofe von der Margaretenkirche beteiligten sich so viele, wie noch nie. Die Predigt auf dem Kirchhofe hielt Geistlicher Kucharski. Am Eingange des Kirchhofes sind zwei Anschriften angebracht, die ein Memento für die Lebenden sind. Auf der einen Seite lautet die Anschrift „Was Ihr seid, sind wir gewesen“, auf der anderen Seite „Was wir sind, werdet Ihr sein“.

X **Aus der Christusgemeinde.** Auf Beschluß des Kirchenrats der evangelischen Christuskirche in St. Lazarus findet am nächsten Sonntag, 4. November, im Hauptgottesdienste ein Opfertag für die Armen und Notleidenden der Gemeinde statt, um diesen über die harte Gegenwart hinwegzuhelfen. Es gilt, viel Not und Sorge in der Gemeinde zu heilen. In erster Linie wendet sich deshalb der Kirchenrat an diejenigen Gemeindeglieder, die auch in der Gegenwart ihr ausreichendes Einkommen haben, den nicht in gleich günstiger Lage befindlichen Brüdern und Schwestern durch Geldgaben beizuspringen. Daneben sind aber auch Naturalspenden in Form von Kartoffeln, Mehl, Kohlen, Zucker usw. ganz besonders willkommen.

Ein Jugendmissionsabend findet heute, Freitag, 8 Uhr im Evangelischen Vereinshause statt. Den Vortrag hält der durch seine frische, lebendige Art bekannte Pfarrer Mahler-Czempin über Christliche Charakterköpfe aus der Missionsgeschichte.

Vorträge und Kurse. Die von der Historischen Gesellschaft angekündigten volkstümlich-wissenschaftlichen Vortragsreihen beginnen in der kommenden Woche und zwar: **Dienstag**, den 6. November, 6 Uhr: Generalsuperintendent D. Blau „Kultur und Christentum“ (im Konfirmandensaal der Kreuzkirche); **Dienstag**, den 6. November, 7½ Uhr: Superintendent Rhode „Religiöse Gärungen und Strömungen zur Zeit der Entstehung des Christentums in ihrer Bedeutung für die heutigen religiösen Neubildungen“ (im Konfirmandensaal der Paulikirche); **Donnerstag**, den 8. November, 5 Uhr: Dr. Loewenthal „Der Wortschatz der polnischen Sprache“ (im Konfirmandensaal der Paulikirche). — Die polnischen Sprachkurse finden am Montag und am Donnerstag 6¼ bis 7¼ (Mittelkursus) und am Montag 4½ bis 6 (Fortgeschrittene) statt. Beide im Konfirmandensaal der Paulikirche. Der Buchführungskursus findet am Dienstag von 7 bis 9 Uhr statt, und zwar jetzt im Konfirmandensaal der Kreuzkirche.

Die Volksunterhaltung, die die Interessengemeinschaft am kommenden Sonntag, dem 4. November, im Großen Saal des Evangelischen Vereinshauses veranstaltet, bringt als Hauptstücke einen durch Gesänge des Lautenchors und Sologesängen mit Klavierbegleitung illustrierten Vortrag über das Volkslied und ein Schattenspiel nach einem Märchen von Andersen („Prinz Schweinehirt“). Zum Eintritt berechtigende Programme sind in der Deutschen Bücherei, Zwierzyniecka 1 zu haben. Die Veranstaltung beginnt pünktlich um 4½ Uhr.

Der 1. Schwimmverein Posen veranstaltete am verflossenen Sonntag von nachmittags 4 Uhr ab in der Loge ein Strandfest. Der 1. Vorsitzende begrüßte die Gäste, sowie Vereine. Nach der Begrüßungsansprache wurde ein vom Apothekenbesitzer Drescher-Glowno verfaßter, dem Verein gewidmeter Vorspruch von Frl. P. Riedel vorgetragen. Dann folgten 2 Musikvorträge „Das Geigerchen“ und „Die schöne Leonore“, vorgeführt von den Herren Dopatka und Siebert. Ferner gelangte eine Humoreske „Ein lustiger Streich“ zur Vorführung, aufgeführt von den Mitgliedern F. Baum, F. Baerwald und W. Braun. Alle Vorträge ernteten großen Beifall. Den Anwesenden wurden durch weitere verschiedenartige Darbietungen frohe Stunden bereitet. Die Stimmung war sehr gut. Der Saal war schön geschmückt und reichlich gefüllt.

X **Im Streit erschossen** wurde gestern in Dembsen von einem Unteroffizier des 57. Regts. der 20jährige Arbeiter Stanisław Czys, ein als streitsüchtig bekannter Mensch, der vielfach Händel suchte und auch im vorliegenden Fall den Täter auf das Heftigste gereizt haben soll.

X **Straßenraub.** Das Opfer eines Raubüberfalls wurde am Mittwoch ein Herr am Wały Jagiełły (fr. Karmeliterwall). Als er mit einer Tasche, in der sich 62 Millionen Mark befanden, dort entlang ging, entriß ihm der 23jährige Arbeiter Stefan Nowak die Tasche samt Inhalt und flüchtete. Glücklicherweise konnte der Straßenräuber von einem Schutzmann angehalten und ihm die Beute wieder abgenommen werden.

X **Eine lehrreiche Geschichte.** Auf Antrag einer Bewohnerin aus Zgoda, Kr. Swientochlowitz O.-Schl., wurde in Posen der 20jährige Sylvester Gąsiorek wegen Betruges in Höhe von 25 300 000 Mk. verfolgt. Es handelt sich um eine Butterschiebung in großem Stile nach Oberschlesien. Der Verhaftete hatte aus der hiesigen Gegend große Buttermengen mit der Eisenbahn nach Zgoda verschoben. Das Doppel des Frachtbriefes bot er der erwähnten Einwohnerin vormittags mit dem Bemerken an, daß die Butter erst am Nachmittage eintreffen werde. Sie kaufte das im übrigen echte Frachtbriefdoppel für 25 300 000 Mk. Inzwischen aber nahm Gąsiorek die Butter selbst in Empfang und veräußerte sie an eine dritte Person, so daß die Käuferin des Frachtbriefes glänzend geprellt war. Aus dieser Geschichte kann man einmal ersehen, welcher Schwindel mit Lebensmitteln getrieben wird, und andererseits, in welchen Riesenmengen die Butter aus dem ehemals preußischen Teilgebiet nach Oberschlesien verschoben wird.

X **Als Taschendieb festgenommen** wurde vom 3. Polizeikommissariat wegen Diebstahls einer Taschenuhr ein aus Lodz zugereister Franz Garnorowski.

X **Diebstähle.** Gestohlen wurden: aus einer Wohnung des Hauses Dominikanerstr. 5 ein Herrenanzug und ein grauer Herrenüberzieher im Werte von 12 Millionen Mark; aus der Färbereiniederlage von Sieburg an der Gr. Gerberstr. 34 zahlreiche zum Färben übergebene Sachen im Werte von vielen Millionen Mark, wie ein blauer Damenflauschmantel, mehrere zertrennte Damen- und Herrenmäntel, ein brauner und ein blauer Herrenmantel, ein schwarzes Jackett, 2 Beige- und 3 Trikotkleider; aus einer Wohnung des Hauses Warschauerstr. 15 eine silberne Vase, 1 silbernes Tablett, 3 silberne Teelöffel, eine Wanduhr, eine Nickelherrenuhr und verschiedene Kleidungsstücke im Werte von 50 Millionen Mark.

X **Polizeilich festgenommen** wurden am Mittwoch und Donnerstag 3 Dirnen, 6 Betrunkene, 4 Personen wegen Diebstahls, 1 Bettler, 1 Obdachloser, 1 wegen Straßenraubes, 1 wegen Umherlungerns.

---

* **Bromberg**, 1. November. Der Streik im Baugewerbe, durch die freien Gewerkschaften geführt, ist durch Vermittlung des Arbeitsinspektors beigelegt worden. Es wurden zunächst die Löhne für diese Woche festgesetzt, und weitere Lohnverhandlungen sollen folgen, nachdem das statistische Amt die neue Indexziffer festgestellt hat.

□ **Guminitz, Kr. Koschmin**, 31. Oktober. Der hiesige Gesangverein veranstaltete am 27. d. Mts. ein Tanzkränzchen. Es galt als Abschiedsfest für den Leiter unseres gemischten Chors, Lehrer Sagrauske. In seiner Abschiedsrede dankte der Dirigent allen Mitgliedern für ihre treue Mitarbeit am Verein. Drei Damen sangen ihm das wunderschön klingende Lied: „An letzten Rosenblättern“. Rund ein Jahr hat der Scheidende den Verein geleitet. Mit ganzer Hingabe hat er im Interesse des Vereins gearbeitet. Obwohl er den Verein nur verhältnismäßig kurze Zeit leitete, hat er sich einen Namen erworben, der weit über unsere Gemeinde hinaus lange in Ehren fortleben wird.

□ **Rożanno, Kr. Mogilno**, 1. November. Rittergutsbesitzer Schneider und Gemahlin feierten das Fest der silbernen Hochzeit.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich, aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

M. P., Posen. Sie finden, daß der Bezugspreis des „Posener Tageblattes“ teuer ist, und sind darüber ungehalten. Verehrter, im Vertrauen wollen wir Ihnen verraten, daß, wenn der Bezugspreis der heutigen Lage und der Wirklichkeit entsprechen sollte, er mindestens 400 000 Mk. monatlich betragen müßte. Beweis: ein Waggon Papier (10 000 Kilo) kostete am 29. September d. Js. 215 Millionen, am 1. Oktober 240 Millionen, am 8. Oktober 369 Millionen, am 15. Oktober 575 Millionen, am 20. Oktober 710 Millionen. Das Papier muß im voraus bezahlt werden. Bleibt die Papiersteigerung im bisherigen Tempo, dann dürfte gegen Ende November der Preis für einen Waggon Papier 1½ Milliarde betragen. Für Dezember wird daher der Bezugspreis sehr stark gesteigert werden müssen. Jeder Geschäftsmann ändert seine Preise, wenn nötig, zweimal täglich. Das ist den Zeitungsverlegern unmöglich, denn der Zeitungsverleger muß bis spätestens 5. November der Postzeitungsstelle den Bezugspreis für Dezember mitteilen und der bleibt unverändert bestehen bis Ende Dezember, einerlei, wie sich die Lage gestaltet. Und dann die anderen Betriebsmaterialien! Von Mitte September bis Mitte Oktober haben wir allein für elektrischen Strom über 50 Millionen zahlen müssen. Und die Löhne! An anderer Stelle dieser Nummer können Sie lesen, daß die Kommission, die täglich das Teuerungsthermometer abliest, festgestellt hat, daß die Teuerung in der zweiten Hälfte Oktober gegenüber der ersten Hälfte um 101,20 Proz. angewachsen ist. Die Folge ist, daß auch die Löhne wiederum automatisch erhöht werden müssen. Die Lage eines jeden ist heute schwer, die der Zeitungsverleger aber am schwersten, denn sie können erst eine Aenderung der Preise vornehmen, wenn diese Aenderung von den Tatsachen längst überholt ist. Ob Sie ohne Zeitung werden auskommen, müssen Sie selbst am besten wissen. Wir meinen aber, daß das Zeitunglesen zu keiner Zeit vorher eine so große Lebensnotwendigkeit gewesen ist, wie heute. Wir kennen Leute, die uns offen erklären, daß sie wohl mal ohne Abendbrot schlafen gehen können, ohne ihre Zeitung gelesen zu haben, nie.

J. Sch. 1. Diese Frage können wir Ihnen beim besten Willen nicht beantworten. 2. Die Kinder können nicht nur erben, sondern erben ohne weiteres. 3. Das Erbrecht kennt keinen Unterschied zwischen polnischen Staatsbürgern deutscher Nationalität und Reichsdeutschen. Die Kinder sind mithin auch in dem von Ihnen angeführten Falle erbberechtigt. 4. One Dime heißt ein Dime. Dime ist eine nordamerikanische Münze im Werte von einem Zehntel Dollar oder rund 44 Pf. Der Silberwert dieser Münze ist uns nicht bekannt.

Spenden für die Altershilfe.

Kassengesellschaft W. O.	1 000 000.— M.
J. Sch. Ostrowo	50 000.— „
	1 050 000.— M.
Vortrag aus Nr. 247	3 266 000.— „
	4 316 000.— M.

Auswärtige Spender können portofrei auf unser Postscheckkonto Nr. 200 283 Poznań einzahlen bzw. überweisen, müssen dies aber auf dem Abschnitt ausdrücklich vermerken.

Weitere Spenden erbittet und nimmt gern entgegen
Die Geschäftsstelle des Posener Tageblattes.

Handel und Wirtschaft.

Geldwesen.

Polens Auslandsanleihen. — Abschluß der Verhandlungen mit der Morgan-Gruppe. Die „Berichte aus den neuen Staaten“ melden aus Warschau: Die polnische Regierung hat mit amerikanischen und englischen Finanzgruppen zwecks Gewährung eines Kredits, bzw. einer Anleihe Verhandlungen gepflogen, über deren Ergebnis Finanzminister Kucharski nachstehenden Bericht veröffentlicht: Die Verhandlungen mit der Morgan-Gruppe sind bereits endgültig abgeschlossen worden. Ihre Hilfe wird eventuell bei der Gründung der Notenbank in Anspruch genommen werden. Das Aktienkapital wurde mit 150 bis 200 Mill. poln. Gulden (= schweiz. Franken) festgesetzt, wovon die Regierung 25 Prozent und das inländische Privatkapital 75 Prozent übernehmen werden. Für den Fall, daß diese 75 Prozent nicht rechtzeitig eingezahlt werden, wird die Morgan-Gruppe den fehlenden Betrag als ein in vier Jahren rückzahlbares Darlehen erlegen, ohne jedoch Aktien der Notenbank als Entgelt dafür zu bekommen. Der polnische Staat besitzt bereits im Nationalfonds sowie in der Polnischen Landes-Darlehnskasse einen ausreichenden Goldvorrat in der Höhe von ca. 125 Mill. Goldmark, womit der 25proz. Anteil an der Notenbank gedeckt sein wird. Es sind bereits zwei Kommissionen, nämlich die Redaktionskommission, welche die Statuten der Notenbank entwerfen soll, sowie die ökonomisch-finanzielle Kommission, geschaffen worden. Die Aktien werden auf Namen lauten und dürfen ohne Bewilligung der Bank nicht veräußert werden. Die Anleihe der Morgan-Gruppe wird durch keinerlei Pfänder sicherzustellen sein. Außerdem wurden mit einer englischen Finanzgruppe Verhandlungen wegen einer langfristigen Konsumtionsanleihe eingeleitet. Die Höhe der Anleihe wurde auf 50 Mill. Dollar festgesetzt, wobei der Zinsfuß 7,5 bis 9,5 Prozent betragen wird. Auch diese Anleihe wird nicht durch Pfänder sichergestellt sein.

Verkehr.

Der Güterverkehr der ungarischen Staatsbahnen. Im Monat September 1923 wurden insgesamt 136 491 Waggon Waren verfrachtet. Im Vergleich mit dem Vormonat bedeutet dies eine Steigerung von 8,2 Proz., im Vergleich zum September 1922 aber eine 2prozentige Verminderung. Wie die „Korrespondenz der Berichte aus den neuen Staaten“ meldet, entfallen von diesen Waren 13 494 Waggon auf Getreide, 8024 auf Mehl, 3087 auf Kartoffeln, 1473 auf Zuckerrüben, 33 507 auf Kohle, 12 589 auf Holzwaren, 17 125 auf Stückgüter und 24 936 auf Baumaterialien.

Von den Aktiengesellschaften.

„Zegar“ T. A. in Schrimm. Auf Beschluß der Generalversammlung vom 11. 9. 23 wird für das Geschäftsjahr 1922/23 eine Dividende von 200 % ausgezahlt. Die Koupons müssen in Schrimm, bei der Kasse der Gesellschaft abgegeben werden.

„Arkona“ T. A. Hutfabrik. Die Aktien der V. Emission sind fertiggestellt und können in der Abteilung für Wertpapiere der Polski Bank Handlowy in Posen, Plac Wolnosci Nr. 8/9 entgegengenommen werden.

Bank Cukrownictwa T. A. in Posen. Die Aktien der II. Emission sind fertiggestellt und können bis zum 31. 12. d. J. in der Kasse der Bank entgegengenommen werden. Nach diesem Termin werden Depotspesen berechnet.

Bank Centralny in Posen. Auf Beschluß der Generalversammlung vom 9. Mai 1923 ist das Aktienkapital um 25 Millionen auf 50 Millionen Mark nom. erhöht worden, durch Ausgabe von Aktien VI. Emission, und zwar 20 Millionen Mk. nom. Serie A. Stammaktien zu 150 % und 5 Millionen Vorzugsaktien Serie B. zu 200 %. Die neuen Aktien sind ab 1. Juli 1923 dividendenberechtigt. Die alten Aktionäre erhalten auf 5 Aktien der I.—V. Emission 4 Junge zu nom. 1000 Mk. zum Emissionskurs von 150 %. Das Bezugsrecht wird bei der Bank Centralny in Posen, Stary Rynek 58, ausgeübt und erlischt am 15. November 1923.

„Extra“ Krotoschiner Kaffeefabrik T. A. in Krotoschin. Auf Beschluß der Generalversammlung vom 25. Oktober 1923 ist das Aktienkapital um 60 Millionen Mk. nom. auf 75 Millionen Mk. erhöht worden, durch Ausgabe von Aktien II. Emission zu 1000 Mk. nom. pro Stück. Die alten Aktionäre erhalten auf jede alte Aktie drei junge zum Kurse von 2000 %. Die restlichen 15000 Aktien tritt die Gesellschaft zum Kurse von einem Schweizer Franken pro Aktie zu 1000 Mk. ab. Die jungen Aktien sind ab 1. November 1923 dividendenberechtigt. Das Bezugsrecht erlischt am 10. November 1923.

„Pneumatik“ T. A. Gummifabrik in Posen. Auf Beschluß der Generalversammlung vom 28. 4. 23, ist das Aktienkapital um 100 Millionen auf 700 Millionen durch Ausgabe von Aktien IV. Emission (Serie II.) erhöht worden. Die Polski Bank Krajowy hat die Aktien übernommen und offeriert den alten Aktionären zum Bezug auf 6 Aktien der früheren Em. 1 junge zum Emissionskurs von 2500%. Das Bezugsrecht kann bei der Bank Krajowy in Posen, sowie in Warschau und Lodz bis zum 15. 11. 23 ausgeübt werden. Nach diesem Termin erlischt das Bezugsrecht.

Bank Francusko-Belgijsko-Polski in Posen. Die Aktien der VII (II.) Emission sind fertiggestellt und können von den Aktionären bei der Bank in Posen, ul. 27. Grudnia Nr. 19 entgegengenommen werden.

Von den Märkten.

Metalle. Berlin, 30. 10. 1923. (In Milliarden Mkd.) Raff. Kupfer 18,50—19.50, Orig. Hüttenweichblei 13—14, Hüttenrohzink frei 15—16, Remelted Plattenzink 10—10.50, Hüttenaluminium 41—47, Bankazinn (Straits u. Austral) 84—86, Hüttenzinn (99 %) 81—83, Reinnickel (98—99 %) 50—52, Antimon Regulus (99 %) 12—13, Silber 900 fein 1800—1850.

Altmetalle. Berlin, 31. 10. Mitgeteilt von der Metall- und Rohstoffgesellschaft m. b. H. Berlin. Es wurden notiert in Milliarden Mkd. je Kg., tiegelrecht verpackt in geschlossenen Quantitäten, bei kleineren Posten entsprechender Ab- bezw. Zuschlag Altkupfer 16, Altrotguß 13.75, Messingspäne 10, Gußmessing 10.50, Messingabfälle 15, Altzink 6.5, Neue Zinkabfälle 8.25, Aluminiumblechabfälle 30, Lötzinn 34, Altweichblei 7,5.

Baumwolle. Bremen, 30. 10. Schlußpreis 4.30, 33.92 Dollarcents je engl. Pfd. (29. 10.: 36.86 Cts.) Hamburg, 30. 10. Anhaltende, wenn auch nicht sehr lebhafte Nachfrage aus dem Osten. Fully middling Goulf g. c. 28 mm ft. Loco notierte etwa 34,30 Cts. je lb

Börse.

Die polnische Mark am 30. 10. 23. Für 100 Mkp. wurden gezahlt in Danzig: 3.292—3.308. Auszahlung Warschau 2.992—3 308. Kattowitz: 6666666 (0.0015). Wien: Auszahlung Warschau 3.50—3.90 (Parität: 27.10). Budapest: Auszahlung Warschau 1—1.50 (Parität: 80.00). Prag: Auszahlung Warschau 0.2425—0.2575 (Parität: 40000). Agram: Auszahlung Warschau 0.003 (Parität: 33 400). London: Auszahlung Warschau 0.00001351 (Parität: 7 400 000). Zürich: Auszahlg. Warschau 0.0003 (Parität: 334 000).

Die P. K. K. P. zahlte am 30. 10. für Goldmünzen (in Klammern Silbermünzen): Rubel 834 700 (555 000) Mark 386 500 (154 100). Krone 328 700 (128 700). Lat. Münzeinheit 313 100 (128 700). Dollar 1 623 000 (741 900). Pfd. Sterling 7 897 400 (sh 161 200). Schwedenkrone 434 800 (185 000). Holl. Gulden 652 300 (291 400). Österr. Dukaten 3 712 300 (fl 342 500). Belg. und Holl. Dukaten 3 703 700. Türk. Pfd. 7 118 400. 1 g Feingold 1 078 540 (30830).

Ostdevisen. Berlin, 31. 10. Auszahlung: Warschau — G, — B, Bukarest 338 300 G, 344 700 B, rep. 10 Prozent, Riga 277 900 G, 282 100 B, Reval 204 455 G, 207 545 B. Polennoten 39 G, 41 B, Lettische Rubel 264 200 G, 277 800 B, Esthnische Mark 195 G, 205 B, Litauen 6,532 Milliarden G, 6,863 Milliarden B.

Züricher Börse vom 30. 10. 1923. (Amtlich). Warschau 0.0003, Berlin (1 Milliarde) 0.045, Wien 0.007880, Prag 16.475, Amsterdam 218.25, Neuyork 5.6125, London 25.275, Paris 33,025, Mailand 25.2025, Brüssel 28.40, Kopenhagen 97.00, Stockholm 148.00, Christiania 85.50, Madrid 75.00, Buenos Aires 179.50, Budapest 0.0305, Belgrad 660.00, Sofia 5.30.

Goldmarkpreis aus dem Warschauer Kurs von 2. 11. 23 (1 Dollar = 4,20 Goldmark) 356 900 Mkp.

Der Dollar in Polen errechnet aus der Danziger Parität vom 2. November 2 240 000 Mkp. (1 Dollar = 4.20 Goldmark. Die Goldmark aus dem Danziger Kurs 534 000 Mark polnisch.

Warschauer Börse vom 31. Oktober.

Devisen:

Belgien	81 200—80 800	Paris	94 600—92 000—94 500
Berlin und Danzig	0.00001	Prag	46 700
London	7 180 000—8 100 000	Schweiz	284 950—283 000
Neuyork	1 625 000—1 600 000	Wien	22,60
Holland	—,—	Italien	72 200

Danziger Mittagskurse vom 2. November.

Polenmark in Danzig ...... 7 500 000—8 000 000

Dollar in Danzig 280 000 000 000

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 2. November 1923.

(Ohne Gewähr.)

(Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kg. bei sofortiger Waggon-Lieferung.)

Weizen	3 800 000—4 000 000	Braugerste	2 500 000—2 800 000
Roggen	1 950 000—2 050 000	Weizenkleie	1 300 000
Weizenmehl	6 600 000—6 800 000	Roggenkleie	1 100 000
Roggenmehl (inkl. Säcke)	3 700 000—3 900 000	Hafer	1 600 000—1 800 000
Gerste	—,—	Eßkartoffeln	780 000—800 000
		Fabrikkartoffeln	680 000—710 000

Marktlage im allgemeinen unverändert. — Tendenz: ruhig.

Kurse der Posener Börse.

	2. November	30. Oktober
Bankaktien:		
Kwilecki, Potocki i Ska. I.-VIII. Em.	35 000—40 000	30 000
Bank Przemysłowców I.—II. Em.	55 000—50 000—60 000	50 000—60 000
Bank Zw. Spółek Zarobk. I.-XI. Em.	110 000-105 000—140 000	100 000-110 000
Polski Bank Handl., Poznań I.—IX.	40 000	35 000—45 000
Pozn. Bank Ziemian I.—V. Em.	10 000	9000—10 000
Industrieaktien:		
Arcona I.—IV. Em. (exkl. Kup.)	70 000—60 000—65 000	70 000
Bydgoska Fabryka Mydeł I. Em.	—,—	30 000
R. Barcikowski I.—VI. Em.	23 000	25 000—27 000
Browar Krotoszyński I.—IV. Em.	15 000	140 000
H. Cegielski I.—IX. Em.	50 000—45 000—47 000	53 000—50 000—52 000
Centrala Rolników I.—VII. Em.	6000	6000
Centrala Skór I.—V. Em.	90 000—85 000	80 000—95 000—90 000
Cukrownia Zduny I.—II. Em.	—,—	1 800 000—2 000 000
Garbarnia Sawicki, Opalenica I. Em.	20 000	—,—
Galwana Bydgoszcz I.—III. Em.	37 000	31 000
Goplana I.—II. Em.	55 000—60 000	60 000
C. Hartwig I.—VI. Em.	15 000—16 000	15 000—16 000
Hartwig Kantorowicz I. Em.	80 000	75 000—80 000
Hurtownia Drogeryjna I.—III. Em.	5000	—,—
Hurtownia Związkowa I.—III. Em.	—,—	6000—7000
Herzfeld-Viktorius I.—II. Em.	205 000-200 000	230 000-240 000—230 000
Iskra I.—III. Em.	55 000—53 000	50 000—55 000
Juno I.—II. Em.	16 000	16 000
Lubań, Fabryka przetw. ziemn. I.-IV. (exkl. Kup.)	2 600 000-2 700 000	2 500 000-2 800 000
Dr. Roman May I.—IV. Em. (exkl. Kup.)	1 800 000-1 600 000	1 800 000-1 900 000—1 850 000
Młyn Poznański I.—III. Em.	—.—	20 000
Młyn Ziemiański I. Em. o. Bezugsr.	63 000—60 000	60 000—63 000
Orient I.—II. Em.	12 000	12 000
Papiernia, Bydgoszcz I.—IV. Em.	20 000	19 000—20 000
Patria I.—VIII. Em.	22 000—21 000	21 000
Płótno I.—II. Em.	60 000—58 000—60 000	60 000
Pneumatik I.—III. Em.	—,—	8000—7500
Pozn. Spółka Drzewna I.-VII. Em.	60 000—55 000	70 000—80 000—65 000
Spółka Stolarska I.—II. Em.	—,—	50 000
Starogradzka Fabr. Mebli I.-II. Em. exkl. Kup.	—,—	30 000
Tartak we Wrześni I.—II. Em.	22 000—24 000	—,—
Tri I.—III. Em.	—,—	30 000
„Unja“ (früher Bentzki) I. u. III. Em.	240 000-250 000	240 000-255 000—250 000
Waggon Ostrowo I.—IV. Em.	130 000	130000-140 000
Wisła, Bydgoszcz I.—II. Em.	350 000-370 000	440 000-380 000
Wytwornia Chemiczna I.—IV. Em.	9 000—8 500	10 000—9 000
Zjed. Browar. Grodziskie I.—IV. Em.	60 000	60 000

Tendenz: nicht einheitlich.

Warschauer Vorbörse vom 2. November.

Deutsche Mark in Warschau ..... —,—

Dollar .... 1 583 000—1 500 000

Engl. Pfund in Warschau 7 180 000

Schweizer Franken in Warschau .. 285 000

Französischer Franken in Warschau 94 200

Posener Viehmarkt vom 2. November 1923.

(Ohne Gewähr.)

Es wurden gezahlt für 100 Kilogramm Lebendgewicht:

I. **Rinder:** I. Sorte 10 600 000—11 000 000 M., II. Sorte 9 800 000 M., III. Sorte 7 600 000—8 400 000 M. — **Kälber:** I. Sorte 10 600 000—11 000 000 M., II. Sorte 9 800000 M.

II. Schafe: I. Sorte 9 000 000 M.

III. Schweine: I. Sorte 19 000 000—19 200 000 M., II. Sorte 18 000 000 M., III. Sorte 16 000 000—17 000 000 M.

Der Auftrieb betrug: 6 Ochsen, 63 Bullen, 104 Kühe, 45 Kälber 300 Schweine, 317 Ferkel (6—8 Wochen alte 4 500 000—4 800 000 M. das Paar, 9 Wochen alte 5 800 000—6 200 000 M. das Paar) 97 Schafe, 85 Ziegen. — Tendenz: sehr lebhaft.

Die heutige Ausgabe hat 6 Seiten.

Kreuzkirche. Sonntag, 10: Gd. Greulich. — $11^1/_4$: Kgd. Ders. — Donnerstag, $4^1/_2$: Teestunde der Frauenhilfe. — Freitag, $7^1/_2$: Männer-Versammlung. **Luisenhain.** Sonntag, 3: Gd. Greulich.

St. Petrikirche. (Evangel. Unitätsgemeinde.) Sonnabend, 6: Wochenschlußgottesdienst Haenisch — Sonntag, 10: Gottesd. Ders. — $11^1/_2$: Kindergd. Ders. — Mittwoch, 6: Bibelbesprechung. Ders. — Amtswoche: Ders.

St. Paulikirche. Sonntag, 10: Gottesdienst. Stuhlmann. — $11^3/_4$: Kgd. Ders. — Mittwoch, 6: Bibelstunde. D. Staemmler. — Amtswoche: Ders.

Evangelische luth. Kirche. Freitag, 2. Novbr., ½8 Uhr: Kirchenchor (f. sämtl. Stimmen). Sonntag (Reformationsfest), vorm. 9½ Uhr: Festgottesdienst mit heil. Abendm. Beichte 9 Uhr. Hoffmann. Kirchenchor: Die große Doxologie (Bortmänsky). 11½ Uhr: Kindergottesdienst, derselbe. Freitag, 9. November, nachm. 4 Uhr: Frauen- und Jungfrauenverein (Stiftungsfest). — Der kirchl. Religions- und Konfirmandenunterricht und Kirchenchor fällt in der kommenden Woche aus.

St. Matthäi-Kirche. Sonntag, 9: B. u. A. Brummack. — 10: Gd. Ders. — $11^1/_2$: Kindergottesdienst. — Dienstag, 8: Kirchenchor. — Freitag, 8: Bibelstunde. — Wochent. 7¼: Morgenand.

Ev. Verein junger Männer. Sonntag, 8: Luthers Kämpfe in der Jugend. — $9^1/_2$: Abendand. — Montag, 8: Blasen. — Dienstag, 8: Turnen. — Mittwoch, 7: Besprechungsabend. — $8^1/_2$: Bibelstunde. — Donnerstag, 8: Blasen.

Christuskirche. Sonntag, 10: Gd. Rhode. — Danach Kgd. — Dienstag, $4^1/_2$: Frauenhilfeversammlg. — Mittwoch, 6: Bibelst.

Kapelle der Diakonissen-Anstalt. Sonnabend, 8: Wochenschlußgottesd. Sarowy — Sonntag, 10: Gd. Ders.

Christliche Gemeinschaft (im Gemeindesaal d. Christuskirche ul. Matejki 42). Sonntag, $5^1/_2$: Jugendbundstde. E. C. — 7: Evangelisation. — Freitag, 7: Bibelbesprechungsstunde.